

# Rosenland



## Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 1

Juli 2005

### Inhaltsverzeichnis

|   |    |
|---|----|
| <b>Editorial</b> .....  | 1  |
| <b>Beiträge</b>   |    |
| Andreas Ruppert:<br>Das Infanterie-/Grenadier-Regiment Nr. 18, die<br>Traditionsgemeinschaft des I.R. 18 und das<br>„Kuratorium Rshew“ .....  | 2  |
| Jürgen Hartmann:<br>Robert Wehmeier – ein Lipper zwischen NKWD<br>und Gestapo .....   | 16 |
| Jürgen Hartmann:<br>Von den Nationalsozialisten während des<br>Pogroms 1938 beschlagnahmte Akten und Kult-<br>gegenstände jüdischer Gemeinden in Lippe - Zum<br>Hintergrund eines fast 50 Jahre verschollenen<br>Aktenbestandes ..... | 20 |
| <b>Rezensionen</b>  |    |
| Uta Halle: Das Judenwerk. Zur Geschichte der<br>Lippischen Thonwarenfabrik in Dörentrup.<br>(Andreas Ruppert) .....   | 29 |
| Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche<br>Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918<br>bis 1945. (Jürgen Hartmann) .....  | 31 |
| <b>Impressum</b> .....  | 32 |

### Editorial

Das E-Journal „Rosenland“ ist ein neues Forum für die Darstellung und Diskussion lippischer Geschichte. Gegenüber den „klassischen“ Printveröffentlichungen bietet ein E-Journal viele Vorteile: die Publikation lässt sich ohne finanziellen Aufwand herstellen und verteilen, sie ist im Umfang wie in der Häufigkeit des Erscheinens flexibel. Gerade diese Flexibilität dient der Intention des Blattes, Diskussionen anzuregen und widerzuspiegeln. Bei einer Erscheinungsweise von drei bis vier Ausgaben pro Jahr können somit methodische Probleme und inhaltliche Ergebnisse vorgestellt und zeitnah diskutiert werden.

Es geht dabei nicht vorrangig darum, endgültige Texte anzubieten, sondern auch vorläufigen Ausarbeitungen, Werkstattberichten oder Projekt-skizzen eine Plattform zu geben. Rezensionen, Miscellen, Hinweise auf neue Quellen und ein regelmäßiger Diskussionsteil sollen das Angebot zum Nachdenken und Kommunizieren über lippische Geschichte ergänzen.

Wie andere Publikationen auch lebt „Rosenland“ von der Mitarbeit der Leserinnen und Leser. Die Redaktion wünscht sich deshalb viele Beiträge.

Die Herausgeber.

## **Das Infanterie-/Grenadier-Regiment Nr. 18, die Traditionsgemeinschaft des I.R. 18 und das „Kuratorium Rshew“<sup>1</sup>**

von Andreas Ruppert

### **Vorbemerkung**

Seit etwa zehn Jahren hat sich die Militärgeschichte wieder einen Platz im Kanon der Geschichtswissenschaften „erobert“. Lange Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war sie allerdings im Rahmen der allgemeinen Geschichte und ihrer Institutionen fast tabuisiert. Ältere Militärgeschichte preußischen Stils dem Generalverdacht unterlag, sich auf reine Ereignisgeschichte zu konzentrieren und das Kriegsgeschehen vor allem mit dem Auftrag zu analysieren, kommende Kriege besser vorbereiten zu können. Eine Militärgeschichte als Teil der Gesellschaftsgeschichte unter Betonung der starken Interdependenz zwischen Militärischem und Zivilem war dort nicht vorgesehen, wo es allein darauf ankam, siegreich aus dem Gefecht hervorzugehen. Andere Historiker vermieden peinlich eine Analyse der Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und klammerten gleich alles Militärische aus ihrem Untersuchungsfeld aus. Aber auch kritische und pazifistische Historiker verweigerten sich der Thematik und stellten alle, die sich doch damit beschäftigen wollten, ebenfalls unter einen Generalverdacht – den der Ewiggestrigen, der Kriegsapologeten und des Revanchisten. Diese Haltung zu überwinden war auch, wie vieles in unserer Wissenschaft, ein Generationenproblem.

---

<sup>1</sup> Der russische Name der Stadt enthält einen dem französischen „j“ vergleichbaren Zischlaut, der in der deutschen Umschrift nicht wiedergegeben werden kann. In der Überlieferung des I.R. 18 und des von der Traditionsgemeinschaft gegründeten „Kuratoriums Rshew“ wird die Schreibweise „Rshew“ verwendet, die im Folgenden beibehalten wird. Auch bei weiteren russischen Namen wird auf die wissenschaftliche Umschrift verzichtet.

Beispielhaft ist das Defizit bei der Aufarbeitung der Detmolder Stadtgeschichte zu erkennen. Die 1953 vom Naturwissenschaftlichen und Historischen Verein für das Land Lippe herausgegebene und maßgeblich vom damaligen Leiter des Landesarchivs Erich Kittel geprägte „Geschichte der Stadt Detmold“<sup>2</sup> bietet einen ausführlichen Überblick über das Mittelalter – kein Wappen der in der Stadt ansässigen Adelsfamilien fehlt –, aber die historische Darstellung bricht mit dem Ende des 18. Jahrhunderts ab. Spätere Zeiten sind nur flüchtig gestreift – die kulturellen Leistungen werden herausgehoben, und das zu Recht, gehört es doch zu den erstaunlichen Aspekten, dass etwa auf dem Titelblatt der letzten Ausgabe der von Marx und Engels herausgegebenen Neuen Rheinischen Zeitung vom 19. Mai 1849, die von der preußischen Regierung verboten worden war, zwei Detmolder Autoren, Freiligrath und Weerth, vertreten sind.<sup>3</sup> Aber dass Detmold auch eine Garnisonstadt war, wird nicht erwähnt. Im 19. Jahrhundert hatte das lippische und 1867 preußisch gewordene Militär zwei Kasernen in der Stadt; Anfang des 20. Jahrhunderts kam auf preußischen Wunsch eine dritte, von der Stadt gebaute und der Armee vermietete hinzu, und am Vorabend des Zweiten Weltkrieges wies die Stadt insgesamt sechs Kasernen des Heeres und der Luftwaffe auf. Auch eine Ende der 70er Jahre geplante Neuauflage der Stadtgeschichte scheiterte daran, dass immer noch niemand gefunden war, der das 19. und 20. Jahrhundert behandeln wollte und dabei um den Aspekt der Garnisonstadt nicht herumgekommen wäre.<sup>4</sup> Außer den Kasernen künden bis heute fünf Kriegerdenkmäler von der lokalen militärischen Tradition – dennoch blieb dieser Aspekt auch in den bisherigen stadtgeschichtlichen Projekten eher schwach beleuchtet.<sup>5</sup> Auch das lippische Militär hat, trotz

---

<sup>2</sup> Naturwissenschaftlicher und Historischer Verein für das Land Lippe (Hg.): Geschichte der Stadt Detmold. Detmold 1953.

<sup>3</sup> Ein ironischer Hinweis: Natürlich wird die Mitarbeit von Freiligrath und Weerth an einer von Marx herausgegebenen Zeitung in der Stadtgeschichte von 1953 nicht erwähnt.

<sup>4</sup> Stadtarchiv Detmold D 106 Detmold Nr. 5996.

<sup>5</sup> Die fünf bisherigen stadtgeschichtlichen Projekte behandelten Lippe im Vormärz, Detmold um 1900, Detmold in der Zeit von 1914–1933, den Nationalsozialismus in

der folkloristischen Verehrung der Lippischen Schützen und des zu ihnen gehörenden Liedgutes, nie eine zusammenhängende Darstellung erfahren, auch wenn drei anregende Quelleneditionen von Offizierstagebüchern aus der lippischen Rheinbundzeit zeigen, wie interessant dies sein könnte.<sup>6</sup> Hier liegt deutlich ein Desiderat vor.

Tatsächlich ist es absurd, das Militär, das so stark die Geschichte geprägt hat und das Leben eines großen Teils der deutschen Bevölkerung bis heute berührt, aus den historischen Betrachtungen auszuklammern. Neue Ansätze gingen dann vom Bewusstsein aus, dass Militärisches von der Gesellschaftsgeschichte im weitesten Sinne überhaupt nicht zu trennen sei, dass es immer einen wichtigen Aspekt darstellte. Auf der Makroebene wurde das vielfältig diskutiert, die Diskussion ist u.a. in einem im Jahre 2000 in Paderborn veröffentlichten Sammelband zusammengefasst.<sup>7</sup> Mit der Mikroebene hat sich mehrfach Bernhard Sicken aus Münster, Inhaber des einzigen deutschen Lehrstuhls für Militärgeschichte, befasst.<sup>8</sup> Diese Entwicklung zeigt sich auch in der Einrichtung mehrerer Arbeitskreise zur Militärgeschichte, die mit modernen Mitteln – Internetauftritten, Mailing-Listen, Newsletters – Foren für Austausch und Diskussion anbieten und die Wissenschaft voranbringen.<sup>9</sup> Inzwischen sind die

---

Detmold und Detmold in der Nachkriegszeit. Vier der Projekte sind bisher in Buchform dokumentiert, die Beiträge des 2005 zu Ende gehenden fünften Projekts, das die Zeit von 1914 bis 1933 umfasste, werden ebenfalls in Buchform erscheinen.

<sup>6</sup> Eckart Klessmann (Hg.): *Unter Napoleons Fahnen. Erinnerungen lippischer Soldaten aus den Feldzügen 1809-1814.* Bielefeld 1991; Fritz Verdenhalven (Hg.): *Heinrich Christian Teudt - Kriegstagebücher und Briefe eines schauburg-lippischen Offiziers aus napoleonischer Zeit.* Lemgo 1985. Fritz Verdenhalven (Hg.): *Wilhelm Ludwig Falkmann - Kriegstagebuch und Briefe eines lippischen Offiziers aus napoleonischer Zeit.* Lemgo 1985.

<sup>7</sup> Thomas Kühne und Benjamin Ziemann (Hg.): *Was ist Militärgeschichte.* Paderborn u.a. 2000.

<sup>8</sup> Bernhard Sicken (Hg.): *Stadt und Militär 1815-1914. Wirtschaftliche Impulse, infrastrukturelle Beziehungen, sicherheitspolitische Aspekte.* Paderborn 1998.

<sup>9</sup> Genannt sei nur der 1995 gegründete und heute von Bernd Krumeich, Düsseldorf, und Stig Förster, Bern, geleitete Arbeitskreis für Militärgeschichte: [www.ak-militaer-geschichte.de](http://www.ak-militaer-geschichte.de).

Thematik so weit akzeptiert und die Diskussion so weit fortgeschritten, dass auch die engeren militärischen Aspekte wieder als untersuchungswürdig gelten, von den Operationen bis zu den einzelnen Gefechten.<sup>10</sup>

Eine Sonderrolle spielte allerdings immer das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA), früher in Freiburg in enger Nähe zum Bundesarchiv/Militärarchiv, heute in Potsdam angesiedelt. Das MGFA hat über sein Organ, die *Militärgeschichtliche Zeitschrift* (bis 1999: *Militärgeschichtliche Mitteilungen*) und zahlreiche Bucheditionen hervorragende militärgeschichtliche Beiträge geliefert, die sich deutlich von der Tradition der unmittelbar für das Militär funktionalen Analyse abhoben, die aber in der Geschichtswissenschaft nicht immer wahrgenommen wurden.

Ein Symbol für die neue Gewichtung ist in der Tatsache zu sehen, dass im Jahre 2001 in Detmold und Paderborn-Schloss Neuhaus gleichzeitig Ausstellungen zum „Militär vor Ort“ zu sehen waren.<sup>11</sup> In der Vorbereitung der Detmolder Ausstellung ist der Kontakt zu Major a.D. Ernst-Martin Rhein entstanden, der 1936 als Wehrpflichtiger in das Infanterie-Regiment Nr. 18 (im Folgenden: I.R. 18 bzw. I./G.R. 18) eingetreten war. Rhein hatte sich dann für die Offizierslaufbahn entschieden, weil die Wehrmacht die einzige gesellschaftliche Großgruppe war, in die der Arm der NSDAP noch nicht hereinreichte. Rhein wies darauf hin, dass dies für viele junge Offiziere ein wichtiges Motiv ihrer Entscheidung gewesen sei.<sup>12</sup> Rhein, der in der Schlacht um Rshew schwer ver-

---

<sup>10</sup> In der deutschen Militärgeschichte werden die Ebenen „Strategie“, „Operation“ und „Taktik“ unterschieden, wobei Operation und Taktik die spezifischen Felder der Militärs sind. Zur Ebene der Taktik gehört auch das Gefecht als direkte bewaffnete Auseinandersetzung. Das „Gefecht“ ist als Thema für eine der nächsten Jahrestagungen des in der vorigen Fußnote genannten Arbeitskreises vorgeschlagen.

<sup>11</sup> Dazu die Begleitbände, Norbert Börste (Bearb.): *Die 8. Husaren und ihre Garnison in Neuhaus und Paderborn.* Paderborn 2001 (Studien und Quellen zur westfälischen Geschichte, 40); Hansjörg Riechert u. Andreas Ruppert: *Militär und Rüstung in der Region. Lippe 1914-1945.* Bielefeld 2001.

<sup>12</sup> Rhein im Gespräch mit Verf. am 3. August 2000.

wundet wurde und deshalb sein Regiment verlassen musste, hat erst 1980, nach dem Ende seiner zivilen beruflichen Karriere in der Republik, wieder den Kontakt zu seinen früheren Kameraden aufgenommen und auf ihren Wunsch hin 1981 die Leitung der Traditionsgemeinschaft des I./G.R. 18 übernommen. Rhein hat die Geschichte des Regiments aufgearbeitet und sie 1993 in Buchform publiziert.<sup>13</sup> Das Werk ist eine wichtige Quelle für die Militärgeschichte, da, anders noch als für den Ersten Weltkrieg, für den Zweiten nur wenig Material der Einheiten unterhalb der Divisionsebene überliefert ist.<sup>14</sup>

Das traumatische Ereignis der Regimentsgeschichte war die Schlacht um die russische Stadt Rshew an der Wolga. Aus der Erinnerung an diese Schlacht und die vielen Gefallenen, die dort begraben sind, entstand das Projekt einer deutsch-russischen Zusammenarbeit in der konkreten Form einer Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Rshew. Für seine Realisierung wurde 1995 das Kuratorium Rshew gegründet, dem ebenfalls Rhein vorstand. Ende 2003 übergab Rhein seine Unterlagen zur Regimentsgeschichte, zur Geschichte der Traditionsgemeinschaft und zum Kuratorium Rshew an das Stadtarchiv Detmold und das Landesarchiv Nordrhein Westfalen/Staats- und Personenstandsarchiv Detmold zur gemeinsamen Nutzung.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> S. Literaturanhang.

<sup>14</sup> S. Literaturanhang.

<sup>15</sup> NW Staats- und Personenstandsarchiv Detmold D 107 Nr. 56.

## Das Infanterie-Regiment Nr. 18 – 1921 bis 1945

„Der Soldat war stets ein Mitbürger, der aus dem Bild der Stadt nicht wegzudenken war.“<sup>16</sup>

### *Reichswehr*<sup>17</sup>

Dem deutschen Heer waren 1919 im Versailler Vertrag sieben Divisionen der Infanterie und drei der Kavallerie zugestanden worden, die Einrichtung eines Generalstabs war jedoch untersagt. Die Einheiten waren zwei Gruppenkommandos unterstellt, wobei das Gruppenkommando I in Berlin die 1. bis 4. Infanterie-Division sowie die 1. und 2. Kavallerie-Division, das Gruppenkommando II in Kassel die 3. bis 7. Infanterie-Division sowie die 3. Kavallerie-Division befehligte. Die Divisionen waren den neu gebildeten sieben Wehrkreisen zugeordnet. Jede Infanterie-Division zählte drei Infanterie-Regimenter und ein Artillerie-Regiment, dazu kamen je ein Pionier-Bataillon, eine Nachrichten-, Kraftfahr-, Fahr- und Sanitäts-Abteilung. Das Infanterie-Regiment Nr. 18 der 6. Division im Wehrkreis VI mit Sitz in Münster bildete eins der 21 Infanterie-Regimenter, die Deutschland damit zugestanden worden waren.

Es war am 1. Januar 1921 aus Soldaten der früheren Armee und aus Mitgliedern der Freikorps Gabcke, Pfeffer, Hacketau, Lichtschlag und anderen aufgestellt worden. Seine drei Feldbataillone mit je drei Schützenkompanien und einer Maschinengewehrkompanie waren auf mehrere Standorte verteilt. Das I. Bataillon lag ebenso wie der Regimentsstab und die 13. Minenwerferkompanie in Paderborn; das II. Bataillon lag in Münster, während das III. Bataillon auf die Standorte Bückeburg (11. und 12. Kompanie) und Hameln (9. und 10. Kompanie) verteilt war. Seine Gesamt-

<sup>16</sup> Heinz Wegener, Landrat des Kreises Lippe, auf dem Regimentstreffen vom 29./30. September 1984, NW Staats- und Personenstandsarchiv Detmold D 107/56 Nr. 26.

<sup>17</sup> Zur Reichswehrzeit s. Mundt, im Literaturanhang.

sollstärke betrug 1932 77 Offiziere, 505 Unteroffiziere und 1950 Mannschaftsdienstgrade.

Die Ausbildung der Soldaten erfolgte in einem Ausbildungsbataillon, zu dem Soldaten aus den Feldbataillonen im sechsmonatigen Turnus (ab 1928: zehn Monate) abgestellt wurden. Das Ausbildungsbataillon des I.R. 18 mit einer Sollstärke von 9 Offizieren, 63 Unteroffizieren und 219 Mannschaftsdienstgraden lag mit drei Kompanien in Detmold. Die 14. Kompanie bildete für das I. Bataillon aus, die 15. Kompanie für das II. und die 16. Kompanie für das III. Bataillon. Alle drei Kompanien waren für den Ersatz der Minenwerferkompanie und den zweier Divisionseinheiten zuständig, der Nachrichten-Abteilung 6 und der Fahrabteilung 6. Im Rahmen einer Ausbildungsreform wurde diese Zuordnung im Herbst 1928 geändert. Nunmehr bildeten die 15. und 16. Kompanie die einfachen Rekruten für das gesamte Regiment aus, während die 14. Kompanie für den Unteroffiziersnachwuchs zuständig war.



Stab des Ausbildungsbataillons des I.R. 18 auf dem Hof der Kaserne III in Detmold, 1931. Im hellen Mantel Bataillonskommandeur Oberstleutnant Vetter. Staats- und Personenstandsarchiv Detmold (SLA DT) D 72 Gröne Nr. 4.

Das in Westfalen und Lippe stehende I.R. 18 knüpfte bewusst an die Tradition des ehemaligen preußischen Infanterie-Regiments Graf Bülow von Dennewitz (6. Westfälisches) No. 55 und seines „lippischen“ Bataillons an und wurde von der Bevölkerung auch so angenommen. Es hatte das Hermannsdenkmal als Wahrzeichen ebenso übernommen wie den alten Wahlspruch: „Kein Regiment soll besser sein“. Es war das bevorzugte

Regiment der lippischen Freiwilligen, wobei das in Detmold stehende Ausbildungs-Bataillon an Mütze und Stahlhelm die gelb-roten lippischen Farben trug.

Die militärische Einheit „Regiment“, die in ihrem Begriff noch die neuzeitliche Bedeutung von militärischer, rechtlicher und ökonomischer Einheit und Eigenständigkeit bewahrte, stellte für die einzelnen Soldaten bis 1945 die entscheidende Bezugsgröße dar. Kompanie- und Bataillonsangehörige standen sich in der täglichen Praxis näher, aber es entwickelte sich auf dieser Ebene kein dem der Regimentszugehörigkeit vergleichbares Kollektivbewusstsein. Die Division aber war zu weit vom Truppenalltag entfernt, um ähnlich besetzt zu werden, auch wenn sich das an der Ostfront später verschieben sollte. Erst in der Zeit der Bundeswehr haben die Regimenter diese identitätsstiftende Bedeutung verloren, sie wurden zuletzt aufgelöst und durch die neue taktische Einheit der Brigaden ersetzt. Hier ersetzte ein Bataillonsbewusstsein das traditionelle Regimentsbewusstsein, wie es sich auch darin zeigt, dass das Panzer-Bataillon 213 und nach dessen Auflösung das Panzer-Bataillon 214 in Augustdorf die Traditionspflege für das I.R. 18 in ähnlicher Weise übernahmen, wie einst das I.R. 18 die des alten I.R. 55 übernommen hatte.

Selbstverständlich war es nicht gewesen, dass Detmold nach der Auflösung des I.R. 55 Garnisonstadt bleiben konnte. Viele Standorte mussten angesichts des verkleinerten Heeres aufgelöst werden. Üblicherweise wurde in den betroffenen Kommunen dann der Weltuntergang beschworen, obwohl etwa Bernhard Sicken darauf hinweist, dass an keinem Ort eine entsprechende nachprüfbare Rechnung aufgemacht wurde. Detmold wollte die Garnison unbedingt behalten, auch wenn etwa Heinrich Drake auf die große Wohnungsnot hinwies, die vielleicht mit einer Konversion der damals drei Detmolder Kasernen gemildert werden könne. Heutige Erfahrungen mit ehemaligen Kasernen in Detmold zeigen allerdings, dass solche Konversionen alles andere als einfach und kostengünstig sind. Tatsächlich

behielt Detmold seine Funktion als Garnisonstadt, ohne dass die Gründe für diese in Berlin getroffene Entscheidung bekannt sind.

Die Reichwehrführung ging davon aus, dass das Heer zu einem allerdings noch unbestimmten Zeitpunkt wieder vergrößert werden sollte. Sie hatte deshalb das Ausbildungskonzept für eine Führer- und Kaderarmee entwickelt, das jeden Soldaten in die Lage versetzen sollte, im Aufstockungsfall die nächsthöhere Funktion ausüben zu können, während die Ausgebildeten gleichzeitig als Stamm für die neu aufzustellenden Einheiten bereitstünden. Dieses Konzept sowie die langen Dienstzeiten begründeten den hohen Ausbildungsstand der Soldaten. Neu eingerichtete Heeresfachschulen, darunter eine in Detmold, ermöglichten ihnen darüber hinaus eine Verwaltungsausbildung, die den Übergang ins Zivilleben erleichtern sollte.

Besonderheiten aus jener Zeit sind kaum zu berichten. Das Regiment hatte regelmäßig einzelne Kompanien für das Wachregiment in Berlin abzustellen. Innenpolitisch kam das Regiment im März 1921 in Sachsen und im Winter 1923/24 in Sachsen und in Thüringen gegen von Kommunisten und Linkssozialisten initiierte Aufstände zum Einsatz, ohne dass es bisher möglich war, Einzelheiten dieser Einsätze zu eruieren. Erwähnenswert ist allerdings, dass das Ausbildungsbataillon zu den Verfassungsfeiern am 11. August in Detmold regelmäßig eine Ehrenkompanie stellte – neben der in Berlin die einzige im Reich.

### *Veltheim*

Ein einschneidendes Ereignis, das in der kollektiven Erinnerung der Regimentsangehörigen und der lippischen Bevölkerung einen festen Platz bekommen hat, war das Weserunglück vom 31. März 1925. Auf dem Weg zu einer Manöverübung mussten die Kompanien des Detmolder Ausbildungsbataillons bei Veltheim mittels einer von Mindener Pionieren angelegten Fähre die Weser überqueren. Bei einem Fährgang kenterte

die Fähre, dabei ertranken 78 Soldaten aus Detmold (34 aus der 14. und 44 aus der 16. Kompanie), zwei aus Minden sowie ein Kaufmann aus Varenholz, dem die Mitfahrt gestattet worden war. Die allgemeine Trauer nach der Katastrophe manifestierte die enge innere Verbundenheit, die zwischen der Bevölkerung Lippes und den Soldaten „ihrer“ Garnison bestand. Das Landespräsidium ordnete am nächsten Tag Landestrauer an. Der Trauerzug in Detmold, an dem der Reichwehrminister, der Chef der Heeresleitung, der Wehrkreisbefehlshaber, der ehemals regierende Fürst in Lippe und der Bischof von Paderborn teilnahmen, führte von der Bülowkaserne (Kaserne III an der Emilienstraße) zum Ehrenhain am städtischen Friedhof, in dem acht der Toten bestattet wurden. Ein Denkmal mit einem Gedicht von Paul Warncke erinnert dort bis heute an die Ertrunkenen. An einem 1926 errichteten Ehrenmal an der Fährstelle finden bis heute am Tag des Unglücks Trauerfeiern statt.



*Lippische Landes-Zeitung vom 31. März 1926.*

## Wehrmacht

Hitlers Ernennung zum Reichskanzler war der Wendepunkt einer Entwicklung, die Jahre zuvor begonnen hatte. Zu Hitlers vielen Versprechen hatten auch die ungebremsste Fortsetzung der schon im Sommer 1932 begonnenen Vergrößerung der Reichswehr durch die Einführung der Wehrpflicht, der Aufbau der im Versailler Vertrag untersagten Waffengattungen (Panzertruppe, Luftwaffe) und eine neue Rüstungspolitik gehört, die Deutschland kriegsfähig machen sollte. Zu einem Widerstand gegen das NS-Regime wäre nur die Wehrmacht in der Lage gewesen, aber gerade von ihr war er unter solchen günstigen Bedingungen nicht zu erwarten. Ihr wurde die Erfüllung aller Wünsche zugestanden, allerdings unter der Bedingung, dass sie den Primat der politischen Macht anerkannte. Auch hier fällt es schwer, der Wehrmacht die Nichtintervention vorzuwerfen – war es doch gerade der Hauptvorwurf gegen die preußische Militärführung im Ersten Weltkrieg, dass sie den Primat der Politik ausgeschaltet und damit die völlige Entfesselung dieses Krieges überhaupt erst möglich gemacht hatte. In der Weimarer Republik war die Reichswehr zu einer wirklichen Unterordnung noch nicht bereit gewesen. Sie duldete die Republik so lange, als sie selbst als „Staat im Staate“ geduldet wurde. Ausgerechnet die NSDAP erfüllte dann die alte Clausewitzsche Forderung nach dem politischen Primat, aber mit einer politischen Ausrichtung, die von Clausewitz' Vorstellungen weit entfernt waren.<sup>18</sup>

Die Heeresvergrößerung erfolgte quantitativ durch die Einführung der Wehrpflicht, qualitativ aber durch die von jedem Regiment verlangte Abgabe einzelner Bataillone, deren Soldaten die Kader für neue Regimenter stellten. Auch das I.R. 18 wurde mehrfach geteilt und das Regiment neu gegliedert, ohne dass die Verzweigungen hier im

<sup>18</sup> Dazu s. Hans-Ulrich Wehler: Der Verfall der deutschen Kriegstheorie: „Absoluter“ und „totaler“ Krieg oder von Clausewitz zu Ludendorff, in: Ursula v. Gersdorff (Hg.): Geschichte und Militärgeschichte. Wege der Forschung. Frankfurt 1974, S. 273-311.

Einzelnen nachvollzogen werden sollen. So fielen etwa die Ausbildungsbataillone weg und Detmold wurde Standort des II. Bataillons. Außerdem wurden hier zwei Ergänzungs-Bataillone aufgestellt. Im Herbst 1936 wurde die Garnison Paderborn als Standort für das I.R. 18 aufgegeben, weil das I. Bataillon im Zuge der Rheinland-Besetzung zur Neuaufstellung nach Koblenz verlegt wurde. Der Stab des Regiments wurde nach Bielefeld verlegt. Bielefeld und Detmold wurden so zu zentralen Orten der Erinnerung der Angehörigen des I.R. 18 an die Friedenszeit und in beiden Städten konnte die Traditionsgemeinschaft mehr als 50 Jahre später Gedenktafeln platzieren.

Ein wichtiges Ereignis der Vorkriegszeit war am 24. November 1938 die Ernennung von Generaloberst Gerd von Rundstedt zum Chef des Regiments. Es war ein Abschiedsgeschenk für Rundstedt, der aus dem Dienst ausschied. Beide Seiten, Rundstedt und die Regimentsangehörigen, betrachteten dies als hohe Auszeichnung. Am 25. April 1939 wurde ihm auf dem Flughafengelände in Oerlinghausen das Regiment formell übergeben. Das Regiment fühlte sich in alter Tradition diesem Namen verpflichtet, auch wenn er nicht offiziell verliehen und nie offiziell geführt wurde. In der Diskussion um das Anbringen einer Gedenktafel in Detmold sollte dies mehr als vierzig Jahre später noch einmal eine Rolle spielen.

Anfang 1938 war das Regiment zu Arbeiten am Westwall im Raum Aachen eingesetzt. Es war nicht mehr zu übersehen, dass Deutschland auf einen Krieg hin steuerte.

## Krieg<sup>19</sup>

Das I.R. 18 trat mit ca. 3000 Mann in den Krieg ein, die Bataillone hatten eine Sollstärke von 800 Mann. Am 25. August 1939 erging der Mobilisierungsbefehl, drei Tage später wurde das Regiment in die Saarpfalz verlegt. Vom 10. Mai 1940 an nahm es am Frankreichfeldzug teil und stand

<sup>19</sup> Zur Kriegsgeschichte des Regiments s. Rhein, Literaturanhang.

anschließend als Besatzungstruppe an der Demarkationslinie im Raum Poitiers, ab Oktober an der Kanalküste in der Normandie. Im März 1941 wurde es nach Ostpreußen verlegt. Als Teil der 6. Infanterie-Division war es im Russlandfeldzug eingesetzt (Heeresgruppe Mitte, 9. Armee, VI. Armeekorps, Panzergruppe 3). Im Oktober 1942 erfolgte die Umbenennung aller Infanterie-Regimenter in Grenadier-Regimenter.<sup>20</sup>

### *Rshew*

Drei Ereignisse prägen die Erinnerung an die Geschichte des I.R. 18 im Krieg: Die Schlacht um Rshew und die Niederlagen bei Bobruisk und Warka. Die Schlacht um Rshew umfasst die 15 Monate, vom Dezember 1941 bis zum März 1943 dauernden Kämpfe um die 220 km westlich von Moskau an der Wolga gelegene Stadt Rshew im Gebiet Twer. Diese Kämpfe – mit zwei Winter-schlachten und einer Sommerschlacht - stehen in der Militärgeschichtsschreibung zwar im Schatten der Ereignisse um die Belagerung von Leningrad, um den Untergang der 6. Armee in Stalingrad im Winter 1942/43 und um die Panzerschlacht von Kursk im Sommer 1943, waren aber tatsächlich von zentraler Bedeutung, da von jenem „Eckpfeiler der Ostfront“ der Kriegsverlauf in Russland abhing. Für die sowjetische Seite ergab sich die Bedeutung daraus, dass eine erneute Offensive gegen die Hauptstadt Moskau drohte, solange der Brückenkopf Wjasma-Rshew bestand.



*Skizze der Schlacht bei Rshew. STADT D 107/56 Nr. 12.*

<sup>20</sup> Es ist nicht gesichert, was mit der Umbenennung bezweckt wurde. Wahrscheinlich handelte es sich um einen Versuch, angesichts der Perspektivlosigkeit an der Ostfront die Moral der Truppe durch diese Benennung nach einer früheren infanteristischen Elite zu heben.

Die Soldaten der 9. Armee, darunter die der 6. Infanterie-Division und des I.R. 18, haben den „Eckpfeiler“ gegen eine sowjetische Übermacht lange und unter hohen Verlusten gehalten. Die Gesamtzahl der Toten der 9. Armee wird auf 120.000 geschätzt - Verdun des Ostens“ nannte es später der Vorsitzende der Traditionsgemeinschaft des I./G.R. 18, Oberst a.D. Heinrich Nolte. Sie sehen im Rückblick darin eine große militärische Leistung, die sie unabhängig von der Unrechtmäßigkeit dieses Krieges im Allgemeinen und von den Kriegsverbrechen im Osten im Besonderen bewertet wissen wollen. Hieraus zogen die überlebenden Soldaten ihre Identität, hierauf gründete sich ihr Wunsch, als Soldaten anerkannt zu werden.

Die Schlacht um Rshew ist bei den überlebenden Regimentsangehörigen traumatisch besetzt. Sie standen in einer Tradition, in der der Soldatenberuf und die Kriegführung bzw. die Vorbereitung von Kriegen gesellschaftlich anerkannt waren und an ihrer Notwendigkeit in der Mehrheit der Bevölkerung kein Zweifel bestand.<sup>21</sup> Vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, dass die Überlebenden losgelöst von allen moralischen Bewertungen ihre rein soldatische Leistung bewertet wissen wollen. Gerade diese wurde aber in der Bundesrepublik nicht akzeptiert. Zur für jeden Soldaten traumatischen Erfahrungen der Niederlage und der Gefangenschaft kamen noch die Schuldvorwürfe dahin gehend, an einem Angriffskrieg teilgenommen zu haben, der zudem von unvorstellbaren Gräueln begleitet war. Die Lebenslüge der „sauberen Wehrmacht“ konnte diese Vorwürfe nicht entkräften, wie umgekehrt die schonungslose Darstellung der Wehrmacht ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung umgekehrt heute nicht alle Soldaten als Täter verdammen kann. Viele Fragen werden ungelöst bleiben. Wichtig bleibt es aber, mit den Überlebenden ins Gespräch zu kommen und sie in ihren eigenen Erfahrungen ernst zu nehmen.

<sup>21</sup> Wir sind heute von dieser Haltung nicht so weit entfernt, wie es scheinen mag. Im den Überlegungen zum „Jubiläum“ der Varusschlacht im Jahre 2009 etwa ist meist nicht die Rede davon, dass der Tod von 20000 Menschen auch etwas Grauenhaftes ist und geplante Feiern eine eigene Dimension von Unmenschlichkeit aufweisen.



Einfach ist das für beide Seiten nicht. Wir wissen aus anderen Zusammenhängen, u.a. aus der Auswertung von ganz unterschiedlichen Feldpostsammlungen, dass etwa die Beteiligung von Soldaten an der Ermordung von jüdischen Zivilisten weitgehend bekannt war und offen thematisiert wurde.<sup>22</sup> Gleichzeitig muss es ernst genommen werden, wenn Offiziere aussagen, dass sie von diesen Dingen erst nach dem Krieg gehört haben. Kritisch wird es, wenn diese individuelle als Erfahrung eines Kollektivs dargestellt wird. Der Widerspruch zwischen der Bewertung des eigenen Einsatzes im besten Glauben, dem Land zu dienen, und der historischen Wahrheit, dass die Wehrmacht angesichts der von der politischen Führung vorgegebenen Zielsetzungen und Methoden im Sinne der Bewahrung von Frieden und Freiheit nicht gewinnen durfte, bleibt für die ehemaligen Soldaten nicht auflösbar. Die Überlebenden des I.R. haben den gordischen Knoten dieser Problemstellung zuletzt durchschlagen, als sie ihre Versöhnungsarbeit mit russischen Veteranen und mit der einst umkämpften Stadt Rshew begannen.

In deutschen Berichten zu dieser Schlacht wird immer wieder Überraschung, ja Bestürzung über das Vorgehen der sowjetischen Truppen geäußert.<sup>23</sup> Eine undurchschaubare Strategie, verfehlte Taktik, mangelhafte Ausbildung und sinnloser Aktionismus führten zu unvorstellbaren Verlusten, die nach Nachkriegsschätzungen die des deutschen Heeres um das Siebenfache überstiegen. Nach neueren russischen Berechnungen sind vor Rshew insgesamt 1 Mill. Soldaten der Roten Armee gefallen. Für die Neubewertung der Schlacht auf russischer Seite waren die Berichte deutscher Überlebender und deutsche Dokumente über den Schlachtverlauf von großer Bedeutung und eine willkommene Hilfe, an der die Überlebenden der Traditionsgemeinschaft des I.R. 18 ihren Anteil hatten.

---

<sup>22</sup> Michaela Kipp, Historikerin aus Bielefeld, bestätigt dies aus ihren Forschungen über Feldpostbriefe der Ostfront, Gespräch mit Verf. am 22. Februar 2005.

<sup>23</sup> Dazu vor allem Haape, s. Literaturanhang.

Tatsächlich ist hier ein Tabu angesprochen, dass sowohl für die russische wie für die deutsche Forschung gilt. Auf der deutschen Seite wurde die hohe Zahl der sowjetischen Opfer zur Kenntnis genommen, aber nicht thematisiert. Sie zeigte den hohen Blutzoll, den die Sowjetunion für den deutschen Angriff bezahlen sollte, und es gab von hier aus keinen Hebel für kritische Fragen, weil man auch hier einem Generalverdacht unterlegen wäre, die Schuld abzuwälzen. In der Sowjetunion überdeckte aber der Mythos von der siegreichen Roten Armee im zum „Großen Vaterländischen Krieg“ stilisierten Weltkrieg alle Fehler und verhinderte eine Auseinandersetzung. Eine bemerkenswerte Parallele ist darin zu erkennen, dass die beteiligten Streitkräfte ihre Mythen über Jahrzehnte gerettet haben – die einen den der „sauberen Wehrmacht“, die anderen den der Sieger der Geschichte. Erst in den letzten Jahren beginnt hier ein Wandel. Inzwischen wurden Fragen gestellt, die zuletzt zum Eingeständnis führen muss, dass der hohe Blutzoll der Roten Armee zu einem großen Teil auf eigenes Versagen zurückzuführen ist.<sup>24</sup> Eine Exkulpierung des Aggressors ist damit nicht verbunden.

#### *Der Untergang: Bobruisk, Warka*

Auf dem seit Herbst 1943 eingeleiteten Rückzug der Ostfront geriet das Regiment im Juni 1944 bei Bobruisk (Beresina) in einen Kessel. Das Regiment wurde dort in den Tagen vom 27. bis zum 29. Juni völlig aufgerieben, sein Kommandeur, Oberst Steffan Höke, setzte, schwerverletzt auf einem Panzer liegend, seinem Leben selbst ein Ende.<sup>25</sup> Nur wenige Soldaten überlebten, von denen es wiederum nur einem kleinen Teil gelang, zu den deutschen Linien zurückzukehren.

Wie in jener Zeit der Abwehrschlachten an der Ostfront üblich, wurde aus den wenigen Überlebenden des I.R. 18, aus Überlebenden anderer Einheiten sowie aus neu Rekrutierten im Senne-

---

<sup>24</sup> S. Below u. Michajlowa, s. Literaturanhang.

<sup>25</sup> Berichte über Hökes Selbsttötung wurden mündlich unter Regimentsangehörigen tradiert.

lager eine neue Einheit aufgestellt, die als Volksgrenadier-Regiment 18 im Januar 1945 wieder an der Ostfront eingesetzt wurde. Am Warka-Brückenkopf an der Weichsel südlich von Warschau wurde am 14. Januar 1945 diese neue Einheit aufgerieben, ihr Kommandeur Oberst Willi Graf fiel. Die Reste, die sich nach Schlesien zurückgezogen hatten, bildeten im März 1945 ein neues Regiment im Rahmen der Division Dresden. Da die Einheit am Tag der Kapitulation, am 8. Mai 1945, im Raum Neustadt östlich von Prag stand, gerieten die meisten Überlebenden in sowjetische Gefangenschaft. Diese in vielen Fällen mehrjährige Gefangenschaft ist die letzte Etappe im Kriegseinsatz des I.R. 18. Insgesamt zählt das Regiment mehr als 4000 Gefallene.



Postkarte aus russischer Kriegsgefangenschaft, Vordruck der Vereinigung von Rotem Kreuz und Rotem Halbmond der UdSSR, StADT D 107/56 Nr. 17.

## Die Traditionsgemeinschaft ehemaliger Angehöriger des I.R. 18

Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Traditionsgemeinschaften haben eine andere Qualität als die der früher nach den Kriegen von 1870/71 oder dem Ersten Weltkrieg gegründeten Kriegervereine. Viele Soldaten waren nach den Erfahrungen von Krieg und oft auch Gefangenschaft orientierungslos und mussten sich mühsam in die neue Zivilgesellschaft einfinden. Ein Mythos wie „Im Felde unbesiegt“ stand diesmal nicht zur Verfügung und keine „Dolchstoßlegende“ half, den Blick auf die Wirklichkeit der bedingungslosen Kapitulation zu verschleiern. Die Möglichkeit des Austauschs im vertrauten Kreis

hatte somit für die Eingliederung eine große Bedeutung. Die ersten Treffen ehemaliger Soldaten hatten darüber hinaus eine wichtige Funktion als Informationsbörsen für die Suche nach Angehörigen. In den ersten Jahren der Bundesrepublik gab es ungefähr 1000 Traditionsgemeinschaften, deren Treffen oft von Tausenden von Menschen besucht wurden.<sup>26</sup> Vom I.R. 18 ist bekannt, dass sich zuerst Einheiten unterhalb der Regimentsebene trafen, so hielt das II. Bataillon regelmäßige Jahrestreffen in Münster ab. Offiziere des Regiments trafen sich erstmals am 2. Dezember 1951 im Hotel Stadt Frankfurt in Detmold. Zu den Teilnehmern gehörte auch Hans Keller, von 1933 bis 1945 Bürgermeister Detmolds. Daraus hat sich eine frühe Traditionsgemeinschaft entwickelt, von der allerdings nur sehr wenige Materialien vorliegen. Sie soll ca. 2000 Mitglieder aufgewiesen haben, sei aber, so im Rückblick Heinrich Nolte, „sanft entschlafen“.<sup>27</sup>

Zum 1. April 1977 gründeten dann ehemalige Unteroffiziere und Mannschaftsdienstgrade eine neue Traditionsgemeinschaft. Initiator war der Wirt Stefan Hesse, in dessen Gaststätte „Heidekrug“ im Salzkottener Ortsteil Verlar (Kreis Paderborn) in den folgenden Jahren häufig die Jahrestreffen ausgerichtet wurden. Ein zweiter Schwerpunkt neben diesen Treffen war die Pflege der Verbindung zum Panzer-Bataillon 213 in Augustdorf, dem 1978 von der 7. Division die Traditionspflege für das I./G.R. 18 übertragen worden war. Die Pflege von Tradition und Brauchtum hat im soldatischen Bewusstsein bis heute einen hohen Stellenwert, sie gibt der Truppe einen historischen Zusammenhang, der über die einzelnen Angehörigen hinaus weist. Sie wird bedenklich, wenn sie nicht reflektiert wird. In der Augustdorfer Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne wird die Traditionspflege heute in der Militärgeschichtlichen Ausstellung „Lippische

<sup>26</sup> S. Karsten Wilke: Organisierte Veteranen der Waffen-SS zwischen Systemopposition und Integration. Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) in der frühen Bundesrepublik. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2/2005, S. 149-166.

<sup>27</sup> D 107/56 Nr. 20.

Rose' eigens thematisiert und dabei in den Grundgesetzauftrag der Bundeswehr eingebunden.<sup>28</sup>

Zur Traditionspflege gehörten regelmäßige Besuche in der Augustdorfer Kaserne, die Benennung von Kasernengebäuden nach ehemaligen Regimentsangehörigen (Adolf Heusinger, Karl Becker, Theodor Groppe<sup>29</sup>, Albrecht Schmitzer – Ritterkreuzträger aus Pivitsheide) und die Ausrichtung der nach Oberst Steffan Höke genannten Sportwettkämpfe, deren 12. und letzter im November 1991 stattfand. Nach der Auflösung des Panzer-Bataillons 213 zum 31. März 1993 übernahm das Panzer-Bataillon 214 die Traditionspflege für das I./G.R. 18. Das Panzer-Bataillon 213 bildete nun selbst einen Traditionsverband, in dessen Vorstand Vertreter der Traditionsgemeinschaft des I./G.R. 18 kooptiert wurden. Heute sind beide Einheiten in der genannten Militärgeschichtlichen Ausstellung in Augustdorf repräsentiert, die der inzwischen im Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam tätige Oberleutnant Thorsten Loch in den Jahren 2003/2004 in Verbindung mit den Traditionsgemeinschaften konzipiert und umgesetzt hatte.

Vorsitzender der neu gegründeten Traditionsgemeinschaft des I.R. 18 war Walter Weichert, der nach seinem Tod 1978 von Oberst a.D. Heinrich Nolte abgelöst wurde. Im Januar 1982 erfolgte eine „Wachablösung“ (Nolte), als Ernst-Martin Rhein den Vorsitz übernahm. Rhein hatte nach der Rückkehr aus sowjetischer Gefangenschaft Volkswirtschaft und Jura studiert und in seinem Berufsleben hohe Funktionen in Verbänden der Metallarbeitgeber ausgeübt. Erst Ende der 70er Jahre erfuhr er von der Existenz der Traditionsgemeinschaft des Regiments und erklärte sich nach seiner Pensionierung dazu bereit, ihren Vor-

<sup>28</sup> Informationen zu dieser Ausstellung unter [www.mgs-augustdorf.de](http://www.mgs-augustdorf.de).

<sup>29</sup> Auf Groppe machte mich Ernst-Martin in einem Telefonat am 20. Mai 2005 besonders aufmerksam: Er sei wegen deutlicher Äußerungen gegen das NS-Regime vom Generalleutnant zum einfachen Soldaten degradiert und dann an der Ostfront eingesetzt gewesen, habe den Krieg aber überlebt.

sitz zu übernehmen. Rhein formulierte zu Beginn seiner Tätigkeit die Ansprüche, die er an die Traditionsgemeinschaft und an sich selbst stellte: Erinnerung, Gedenken und Ehrung der gefallenen Kameraden, Aussöhnung mit dem ehemaligen sowjetischen Kriegsgegner, Einsatz für Demokratie und Freiheit. Es sind diese Ziele, die Rhein in den folgenden mehr als 20 Jahren konsequent und mit größtem persönlichen Engagement verfolgte.

In Detmold stand die Traditionsgemeinschaft noch einmal im Licht der Öffentlichkeit, als sie 1985 den Wunsch äußerte, am Denkmal für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Angehörigen des I.R. 55 eine Erinnerungstafel für die eigenen Gefallenen anzubringen. Der Wunsch, den auch der damalige lippische Landrat Heinz Wegener, selbst Regimentsangehöriger, unterstützte, stieß auf die Ablehnung pazifistischer Kreise, zu deren Sprechern sich die Ratsmitglieder der Partei der Grünen machten. Begründet wurde die Ablehnung damit, dass sich das I./G.R. 18 nach (inzwischen Generalfeldmarschall) Gerd von Rundstedt benannte. Der Konflikt lag in der unterschiedlichen Beurteilung dieses Mannes, die eine Verständigung ausschloss. Für die Regimentsangehörigen war Rundstedt ihr „Chef“, mit dem sie sich identifizierten. Dies entsprach militärischer Tradition, eine Distanzierung von Rundstedt wäre als Verrat an dieser Tradition angesehen worden. Für die Pazifisten gehörte Rundstedt dagegen zu den hochrangigen Wehrmachtsoffizieren, die für den Krieg und die Art der Kriegführung verantwortlich waren.



*Gedenktafel am Weltkriegsdenkmal des I.R. 55 in Detmold. Aufnahme Andreas Ruppert, 2002.*

Nachdem die Traditionsgemeinschaft auf eine Nennung des Namens von Rundstedt verzichtet hatte, war der Grund für eine Ablehnung der Tafel entfallen. Der Text der Tafel selbst war unstrittig: „Zum Gedenken an die Gefallenen und Vermissten des Inf./Gren.-Rgt. 18 1921-1945. Ihr Vermächtnis Frieden“. Die Fronten waren aber durch die gegenseitigen Rollenzuweisungen so verhärtet, dass eine Deeskalation nicht möglich war und die Einweihung der Tafel am 16. November 1985 von massiven Störungen begleitet wurde.

Tatsächlich entsprach der Text – eine Tafel mit dem gleichen Text wurde am 3. Mai 1989 auch an einer Mauer der Sparrenburg in Bielefeld angebracht – dem Selbstverständnis der Traditionsgemeinschaft und ihres Vorsitzenden. Wie ernst diese Haltung war, zeigt die von der Traditionsgemeinschaft angestoßene und für lange Zeit von ihr getragene Arbeit des „Kuratoriums Rshew“.

### **Kuratorium Rshew**

„Das Ziel ist Versöhnung“<sup>30</sup>

Drei Dinge sind bei der Arbeit des Kuratoriums bemerkenswert: Die Zielsetzung, die energische Durchsetzung und der Erfolg. Alle drei Momente hängen eng mit der Person von Ernst-Martin Rhein zusammen. Die deutsche Kriegsgräberpflege hatte sich bis dahin auf die nichtkommunistischen Länder beschränkt, während die Mehrzahl deutscher Gefallener in der Sowjetunion liegt. Zwar gab es schon seit vielen Jahren für Touristengruppen die Möglichkeit, die Orte früherer Schlachten zu besuchen, Soldatenfriedhöfe waren aber bisher nur in wenigen Orten angelegt worden, etwa bei Stalingrad (heute: Wolgograd), Leningrad (heute: St. Petersburg) und Nowgorod. Das Kuratorium zielte auf eine Zusammenarbeit mit der Stadt Rshew. Eine Chance zur praktischen Umsetzung ergab sich allerdings erst nach der Auflösung des Sowjetunion. Der Kontakt begann

---

<sup>30</sup> Ernst Martin Rhein in einem am 9. Mai 2001 im Lippischen Landesmuseum in Detmold gehaltenen Vortrag.

1992 mit einem Briefwechsel des Vorstandsmitglieds der Traditionsgemeinschaft des I./G.R. 18 Erich Vornholt mit Leonid Mylnikow, dem Vorsitzenden des Rates der Kriegsveteranen in Rshew. Vornholt hatte das Ziel beschrieben, „den Frieden zu festigen und die junge Generation so zu leiten, das kein Krieg mehr geführt wird“. Mylnikows Antwort lautete: „Wir wollen in guter Nachbarschaft leben, damit unsere Enkel und Urenkel nie Kriege führen ... Willkommen in Rshew.“<sup>31</sup>

Der erste Besuch einer deutschen Delegation in Rshew im Sommer 1993 brachte dann schon einen Durchbruch, als die Deutschen deutlich machten, dass sie nicht nur gekommen waren, um ihre eigenen Toten, sondern auch die des ehemaligen Kriegsgegners zu ehren. Wichtig war, dass die Veteranenorganisation vor Ort und die Rshewer Stadtverwaltung für die Zusammenarbeit gewonnen wurden, vor allem der Bürgermeister Alexander W. Chartschenko. Dieser hatte sich schon im ersten Gespräch für die Einebnung des mit 2000 Gräbern größten deutschen Soldatenfriedhofs am Nordostrand der Stadt und die Überbauung mit Garagen entschuldigt und angeboten, für eine neue Kriegsgräberanlage Gelände am Stadtrand zur Verfügung zu stellen.

Bei diesem ersten Besuch wurde die deutsche Reisegruppe auch in Rshewer Schulen empfangen. Hieraus entstanden die Ideen eines Austauschs von Schülerinnen und Schülern und einer besonderen Förderung der dortigen Lehrkräfte für die deutsche Sprache. Mit dem Gegenbesuch einer Delegation aus Rshew in Gütersloh im Jahre 1994 waren dann die Weichen für die nun folgenden regelmäßigen Besuche gestellt. Auch hier wurde es von der russischen Seite positiv vermerkt, dass beim Besuch des sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock die dunklen Seiten der deutschen Geschichte nicht verschwiegen wurden.

1994 wurde in einer Mitgliederversammlung formell die Verständigung mit den ehemaligen russischen Gegnern als Ziel der Arbeit der Traditions-

---

<sup>31</sup> D 107/56 Nr. 79.

gemeinschaft beschlossen. Der nächste Schritt war die Gründung des Kuratoriums Rshew am 25. Januar 1995 und die Wahl von Ernst-Martin Rhein zum Vorsitzenden. Engagiert waren darin von Anfang an ehemalige Soldaten nicht nur des I.R. 18, sondern auch anderer an den Kämpfen um Rshew beteiligter Einheiten der 6. Infanterie-Division. Kameradschaften von weiteren sieben Divisionen schlossen sich in den folgenden Jahren an.

Die Pläne zur Anlage eines Friedensparks in Rshew führten seit 1995 zu einer engen Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, ohne dessen Unterstützung und ohne dessen vielfältige Beziehungen zur russischen politischen Elite das Vorhaben nicht durchführbar gewesen wäre. Wichtig für den Erfolg der Arbeit des Kuratoriums waren auf lokaler Ebene die enge Zusammenarbeit mit dem Evangelisch-Stiftischen Gymnasium in Gütersloh, mit dem Jugend-Austauschwerk in Verl, dessen Droste-Haus als die „geistige Mitte“<sup>32</sup> des Kuratoriums gilt, und die Unterstützung durch die Stadt Gütersloh.

Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit war im Sommer 1997 die in Russland viel beachtete erste Begegnung deutscher und russischer Jugendlicher, die gemeinsam die Gräberanlage in Rshew pflegten. Inzwischen sind diese Sommerlager zur festen Einrichtung geworden.



StA DT D 107/56 Nr. 65.

<sup>32</sup> Rhein in einem Telefonat mit Verf. am 18. Februar 2005.

Großen Eindruck machte eine im Juni 1997 in Rshew gezeigte Ausstellung von Bildern, die der Maler Franz-Josef Langer als Angehöriger des Pionier-Bataillons 6 (Minden) 1942 und 1943 im zerstörten Rshew gemalt hatte. Die Ausstellung war später auch in Verl und Gütersloh zu sehen. Starken, weil institutionell unterstützen und lang anhaltenden Widerstand gab es auf der Ebene der Gebietsverwaltung Twer. Der Veteranenverband, eine Staatsanwältin und der Gouverneur des Gebietes Twer, Platow, bezogen gegen die Arbeit des Kuratoriums Stellung und blockierten die Arbeiten, wann immer sie konnten. Noch im Herbst 2000, nachdem die Friedhöfe schon eingeweiht waren, verweigerte der Gouverneur die Umbettung weiterer Gebeine, und die Gegner schrieben einen Offenen Brief an die Bevölkerung von Rshew. Noch einmal beklagten sie es, dass die „faschistischen Eindringlinge“ geehrt würden, während die Gebeine russischer Soldaten ohne Ehrung blieben.

Nun darf diese Diskussion grundsätzlich geführt werden. Nicht alle Tode wiegen gleich schwer, und auch die Distanz von einem halben Jahrhundert macht Angreifer und Verteidiger nicht gleich. Aber die Traditionsgemeinschaft des I./G.R. 18 und das Kuratorium Rshew haben sich dieser in den eigenen Reihen schmerzlichen Diskussion geöffnet und nur vor diesem Hintergrund war der Gedanke an Versöhnung überhaupt möglich. Es bleibt zu bedenken, dass für Soldaten – und da unterscheiden sich deutsche und russische Soldaten nicht - der Gedanke einer erzwungenen Pflichterfüllung grundsätzlich nicht fremd ist und dass dem Einzelnen in der konkreten Kriegssituation in der Regel keine Wahl blieb. Bei allen Untaten der Wehrmacht darf man unterstellen, dass die meisten deutschen Soldaten lieber zu Hause geblieben und ihrer friedlichen Arbeit nachgegangen wären, das Gleiche gilt für die Soldaten der Roten Armee.

Die Kritiker ignorieren darüber hinaus die Tatsache, dass das Kuratorium von Anfang an die Ehrung der sowjetischen Gefallenen in ihre Vorstellungen einbezogen hatte und der Friedenspark

konsequent Friedhöfe für die Kriegstoten beider Nationen umfasst. Wie ernst dies gemeint ist, zeigt die Tatsache, dass schon die Traditionsgemeinschaft des I./G.R. 18 seit 1985 regelmäßig einen Kranz auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock niederlegte und der Besuch dieses Friedhofs später zum Programm für russische Besuchergruppen in Gütersloh gehörte. Dass diese die Kriegstoten beider Länder umfassende Betreuung der offiziellen Politik entspricht, machte der russische Präsident Putin im Februar 2003, deutlich, als er in seiner Ansprache zum 60. Jahrestag der Kapitulation der 6. Armee erstmals auch die deutschen Gefallenen in das Gedenken einschloss.<sup>33</sup>

Und zuletzt stellt sich die Frage, warum sich die Gebietsverwaltung von Twer nicht längst um die Ehrung der russischen Gefallenen und eine würdige Gestaltung ihrer Gräber gekümmert hatte, sondern erst durch den Anstoß aus Gütersloh auf dieses Problem aufmerksam gemacht wurde. Die Abwehr trägt dadurch deutlich den Charakter eines Ablenkungsmanövers: Von dem hohen Blutzoll, den die Rote Armee vor Rshew entrichtet hat und der jahrzehntelang verschwiegen wurde, wie auch von den eigenen Versäumnissen bei der Aufarbeitung und bei der praktischen Konsequenz der Ehrung der unzähligen Toten.

Der Bürgermeister von Rshew, die dortigen Veteranen und die lokale Presse haben in eindeutiger Weise Stellung bezogen und wiesen die Kritik der Gebietsführung zurück. Man kann sagen, dass die Stadt Rshew uneingeschränkt hinter den gemeinsamen Projekten steht.<sup>34</sup> Am 28. September 2002 konnte dann im Nordwesten der Stadt, ca. 3 km vom Zentrum entfernt, der „Friedenspark Rshew“ mit einem russischen und einem deutschen Soldatenfriedhof eingeweiht werden. 2000 Menschen, unter ihnen 120 Besucher aus Deutschland, nahmen an der Zeremonie teil, die in den lokalen Medien in Rshew und in Gütersloh

<sup>33</sup> Hinweis von Rhein im Schreiben an den Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberhilfe vom 3. Februar 2003, D 107/56 Nr. 48.

<sup>34</sup> Schreiben vom 7. Dezember 2000 und Reaktion der Rshewskaja Prawda vom gleichen Tag, Kopien in D 107/56 Nr. 75.

ihre Resonanz fand. Sie bestätigen die Einschätzung von Ernst-Martin Rhein, dass „hier in Rshew etwas wohl bisher Einmaliges in den Beziehungen zwischen beiden Völkern gelungen ist.“<sup>35</sup>

Ein weiteres wichtiges Element der Versöhnungsarbeit ist die materielle Unterstützung der Rshewer Bevölkerung. Sachspenden des Kuratoriums – Geräte und Fahrzeuge – gingen an Schulen, Altersheime und Krankenhäuser. Vor diesem Hintergrund ist eine Äußerung zu verstehen, die in einem Brief einer Bürgerin aus Rshew an Ernst-Martin Rhein zu lesen ist: „Ich komme nicht aus dem Staunen heraus, wie viel Sie für unsere Stadt Rshew gemacht haben.“<sup>36</sup>



Informationsblatt des Kuratoriums Rshew. StA DT D 107/56 Nr. 82.

Im Jahre 2003 erfolgte ein Generationenwechsel. Während die Traditionsgemeinschaft ihre Funktion ähnlich erfüllt hat wie seinerzeit die der Angehörigen des I.R. 55 und nicht mehr öffentlich in Erscheinung tritt, geht die Zusammenarbeit zwischen den Städten Gütersloh und Rshew unter einem neuen Vorstand des Kuratoriums Rshew

<sup>35</sup> Schreiben an den Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberhilfe vom 28. Oktober 2002, D 107/56 Nr. 48.

<sup>36</sup> Schreiben von Wera Lewschowa vom 29. September 1999, D 107/56 Nr. 58.

weiter. Dass die Friedensarbeit weiter geführt wird und weit gehende Anerkennung erhält, zeigt auch die Tatsache, dass drei junge Menschen aus Gütersloh, die sich für die Internationalen Jugendlager des Kuratoriums engagiert hatten, Bundeskanzler Gerhard Schröder auf seiner Reise nach Moskau anlässlich des 60. Jahrestages des Kriegsendes begleiten durften.<sup>37</sup>

## Resümee

Das I.R. 18 ist im Rahmen einer Wehrmacht aufgestellt worden, deren Ziel eine Revision des Ergebnisses des Ersten Weltkriegs war. Da die NS-Regierung dieses Ziel offensiv verfolgte, gab es hier keine Friktionen zwischen politischer und militärischer Führung. Das I.R. 18 war von der Rechtmäßigkeit des 1939 begonnenen Krieges überzeugt, später auch von der Rechtmäßigkeit des Feldzugs gegen die Sowjetunion. Das Regiment hat mit seinen mehr als 4000 gefallenen und mit der Gefangenschaft der meisten Überlebenden den Preis dafür bezahlt.

In der Traditionsgemeinschaft haben sich viele Überlebende nach 1950 wieder gefunden, die sich in einer ihrer militärischen Vergangenheit gegenüber feindlichen Umgebung gegenseitig unterstützten. Militaristisch und revanchistisch war die Traditionsgemeinschaft nie. 1981 schlug sie aber einen neuen Kurs ein, der den abstrakt geäußerten Wünschen nach einer Kooperation mit dem ehemaligen Kriegsgegner inhaltliche Substanz gab.

Das von der Traditionsgemeinschaft gegründete und lange Zeit von ihr getragene Kuratorium Rshew hat eine Zusammenarbeit eingeleitet, die nicht nur dazu führte, dass deutsche und sowjetische Gefallene nun in großen Kriegsgräberanlagen geehrt werden können, sondern die auch die Menschen der Gegenwart umfasste und zu einer Städtepartnerschaft zwischen Gütersloh und Rshew mit regelmäßigem Austausch führte. Die angemahnte „Versöhnung über den Gräbern“ ist gelungen. Sie gehört auch zur Geschichte des Infanterie-Regiments Nr. 18.

<sup>37</sup> Lippische Landes-Zeitung vom 11. Mai 2005.

## Literatur:

Below, Nikolaj und Tatjana Michajlowa: Der Kampf um die Höhe 200. Kriegsgeschichtliche Skizze. Twer 2000 (*russisch*)

Freitag, August: Aufzeichnungen aus Krieg und Gefangenschaft (1941-1949). Bochum 1997 (*Mit einer Einleitung von Karl Sattler*)

Großmann, Horst: Geschichte der rheinisch-westfälischen 6. Infanterie-Division 1939-1945. Bad Nauheim 1958 (*Verf. war über 2 Jahre Kommandeur der Division*)

Großmann, Horst: Rshew – Eckpfeiler der Ostfront. (*Russ. Edition Rshew 1996*)

Haape, Heinrich: Endstation Moskau – 1941/1942 – Tagebuch eines Frontarztes. Stuttgart 1980, Neuauflage Stuttgart 1998  
Erstausgabe in Zusammenarbeit mit einem engl. Journalisten zusammen: Moscow Tramstop. London 1957. (*Verf. war als Arzt im III./I.R. 18*)

Kageneck, August von: La guerre à l'Est – Histoire d'un régiment allemand 1941-1944. Paris 1998 (*Verf. ist der Bruder des im Dez. 1941 gefallenen Bataillonskommandeurs Franz-Josef von Kageneck*)

Mundt: Das 18. Infanterie-Regiment von 1921 bis 1932. Detmold 1932  
(*Dr. Mundt war 10/1932-4/1933 Kommandeur des A.-Btl. im IR 18*)

Pfützner: Die Übergabe des Infanterie-Regiments 18 an seinen Chef, Generaloberst v. Rundstedt, am 25.4.1938. O.O., o.J. [Festschrift, Bethel 1939]

Rhein, Ernst-Martin: Das Rheinisch-Westfälische Infanterie-/Grenadier-Regiment 18 1921-1945, nach Tagebüchern, Briefen und Berichten zusammengestellt. Bergisch-Gladbach 1993

Riechert, Hansjörg und Andreas Ruppert: Militär und Rüstung in der Region. Lippe 1914-1945. Bielefeld 2001

## Robert Wehmeier – ein Lipper zwischen NKWD und Gestapo

von Jürgen Hartmann

Neben Carl Thunert aus Detmold und Erna Klöpping aus Schlangen fand in den ersten Jahren nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten noch mindestens eine weitere Person aus Lippe den Weg ins sowjetische Exil. Wie für die beiden Genannten hatte dieser Schritt auch für Robert Wehmeier aus Wöbbel tragische Folgen. Im Gegensatz zu Thunert und Klöpping<sup>1</sup> war sein Schicksal nicht direkt bestimmt durch den Terror der Stalinistischen Säuberungen – zur bei weitem schlimmsten Phase um 1937 weilte Wehmeier bereits seit Monaten wieder in Deutschland, allerdings in einem Konzentrationslager.

Der Fall Robert Wehmeier war kein ungewöhnlicher oder gar untypischer Fall unter den zahlreichen Emigrantenschicksalen in der Sowjetunion unter Stalin. Unliebsame „Politemigranten“ aus Deutschland wurden nicht nur festgenommen, um in NKWD-Gefängnissen ihrem weiteren Schicksal, das in der Regel in Erschießen oder Lagerhaft bestand, entgegen zu sehen. Für sie war es eine „Flucht in die Verfolgung“. Viele von ihnen wurden sogar an das nationalsozialistische Deutschland ausgeliefert. Andere aber empfanden die Verhältnisse in der Sowjetunion als beklemmend oder bedrückend und als gar nicht übereinstimmend mit dem von der KPD und ihren Organisationen vermittelten Bild. Für sie stellte ihr Exilland keine neue Heimat dar. Sie versuchten, nach Deutschland zurück zu kehren oder in ein anderes Land auszuwandern.

Der Fall des „Rückwanderers“ Robert Wehmeier lässt sich in groben Linien anhand der vorhandenen Quellen nachzeichnen. Naturgemäß gibt es viele offene Fragen, da sowohl die Akten der Gestapo Bielefeld als auch die Vernehmungs-

<sup>1</sup> Vgl. Jürgen Hartmann: Das Exil als „Menschenfalle“. Das Schicksal von Carl Thunert und Erna Klöpping in der Sowjetunion. In: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde, Bd. 73/2004, S. 240-254.

protokolle der Rückwandererzentrale des Auswärtigen Amtes nicht mehr vorhanden sind. Auch ist es möglich, dass das sowjetische NKWD<sup>2</sup> ein Dossier über ihn anlegte, das bisher aber nicht bekannt geworden ist. In der Beschreibung seiner politischen Situation sowie der Vorgeschichte der Emigration müssen wir uns weitestgehend auf Wehmeiers eigene Darstellung, die er gegenüber der sowjetischen Administration bzw. gegenüber der Kommunistischen Internationale (Komintern) abgab, verlassen.

Robert Wehmeier wurde am 11. April 1908 in Wöbbel geboren. Seine Eltern lebten in einfachen Verhältnissen: der Vater Hermann arbeitete als Maurer, die Mutter zeitweise als Tagelöhnerin bei einem Gutsbesitzer in der Nähe. Neben Robert existierte noch mindestens ein weiteres Kind, der 1904 geborene Sohn Hermann. Robert besuchte die Volksschule, verdingte sich zugleich als Hütejunge und als Handlanger bei dem gleichen Gutsbesitzer, bei dem auch die Mutter arbeitete.<sup>3</sup> Kaum aus der Schule entlassen begann er eine Lehre als Maurer; nach deren Abschluss ging er auf Wanderschaft durch West- und Mitteldeutschland. 1925 trat er als Geselle dem Deutschen Bauergewerksbund bei. Während der Zeit der Wanderschaft hoffte er, das nötige Geld für den Besuch des Technikums zusammen zu bekommen. Die „oftmals wiederkehrende Erwerbslosigkeit“ machte diese Pläne jedoch zunichte. Politisch stand Wehmeier nach eigenen Angaben der SPD nahe, bis zum „Blutmai“ 1929.<sup>4</sup> Die Ereig-

<sup>2</sup> NKWD war die Abkürzung für Narodnyj Komissariat Wnutrennich Djel (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) in der Sowjetunion. Die Behörde existierte von 1934 bis 1946 unter diesem Namen und war bekannt und gefürchtet als Träger der Geheimpolizei.

<sup>3</sup> Lebenslauf Robert Wehmeiers, 24.11.1934; in: Russisches Staatsarchiv für Soziale und Politische Geschichte, Moskau (RGASPI), 495/205/435.

<sup>4</sup> Vom 1. bis 3. Mai 1929 war es in Berlin zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen, bei denen 32 Menschen umkamen und über 80 verletzt wurden. Der Einsatz der Polizei erfolgte auf Anweisung des preußischen Innenministers Albert Grzesinski und des Berliner Polizeipräsidenten Karl Friedrich Zörgiebel (beide SPD). Bereits im Vorfeld hatten sie Demonstrationen am 1. Mai in Berlin verboten; die KPD rief jedoch weiter zu ihnen auf. Von Seiten der Behörden musste sich niemand verantworten, mehrere Teilnehmer



nisse scheinen Auslöser für eine folgende Auseinandersetzung mit der „marxistischen Weltanschauung“ und dem „revolutionären Klassenkampf“ gewesen zu sein. Das politische „Rüstzeug“ wurde Wehmeier vom damaligen Leiter der örtlichen KPD-Zelle in Wöbbel, Christian Broder, vermittelt.<sup>5</sup>

Seit 1930 hielt Wehmeier losen, aber regelmäßigen Kontakt zu kommunistischen Parteigängern in Wöbbel. Mit der Gründung einer Ortsgruppe im Juli 1932 wurde er auch offizielles Mitglied der Partei. Gegenüber der Komintern gab Wehmeier später an, dass er den Kurierdienst sowie die Agitprop-Arbeit innerhalb der Wöbbeler Ortsgruppe übernommen hatte; auch wollte er als Kolporteur für die „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung“ (AIZ) tätig gewesen sein.

Nach dem Reichstagsbrand 1933 wurde der Ortsgruppenvorsitzende Broder in „Schutzhaft“ genommen. Wehmeier gelang es wohl noch rechtzeitig, dessen umfangreiche Bibliothek in Sicherheit zu bringen. Der Versuch, nach Broders Entlassung eine illegale Zelle aufzubauen, scheiterte. Sowohl Broder als auch der daran beteiligte Wilhelm Jäger aus Meinberg flogen auf und wurden festgenommen. Einige andere Genossen hatten sich zwischenzeitlich den Verhältnissen der Zeit angepasst und waren in die örtliche SA eingetreten. Über einen von ihnen wurde ein Freund und Genosse Wehmeiers, Paul Hahne, vor einer bevorstehenden Razzia der Polizei gewarnt. Die beteiligte SA wollte unbedingt die Fahne der Wöbbeler KPD kassieren und auch – so Wehmeier – deren geheimes Waffenlager ausheben. Wehmeier selbst arbeitete zu diesem Zeitpunkt, im Herbst 1934, in der Nähe von Hannover.

---

wurden wegen schweren Landfriedensbruches in Tateinheit mit Aufruhr angeklagt. Um die Verteidigung vorzubereiten, gründete der bekannte Strafverteidiger Hans Litten gemeinsam mit Alfred Döblin, Heinrich Mann und Carl von Ossietzky einen „Ausschuss zur Untersuchung der Berliner Maivorgänge“. Der „Blutmai“ trug wesentlich zur Vertiefung des vorhandenen Grabens zwischen Anhängern der KPD und der SPD bei.

<sup>5</sup> Lebenslauf Robert Wehmeiers, 24.11.1934; in: Russisches Staatsarchiv für Soziale und Politische Geschichte, Moskau (RGASPI), 495/205/435.

Hahne berichtete ihm von der Gefahr einer bevorstehenden Verhaftung, gemeinsam beschlossen sie, in die Sowjetunion zu fliehen.<sup>6</sup>

Mit einem Touristenvisum und einer über das Büro „Intourist“ organisierten Reise gelangten Wehmeier und Hahne von Berlin aus am 24. Oktober 1934 nach Moskau. In mehreren Schreiben an die Internationale Rote Hilfe (IRH) und die Deutsche Vertretung beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) bat Wehmeier um Arbeits- und Gastrecht. Er stellte aber auch klar, Hahne und er seien „ernstlich gewillt, baldmöglichst mit verstärktem Rüstzeug heimzukehren.“ Die Parteistellen in der Sowjetunion zeigten sich folglich skeptisch und zurückhaltend. Die beiden Genossen waren ohne Rücksprache mit der Parteileitung und somit ohne deren Genehmigung ausgereist und in die Sowjetunion gekommen. Der Wunsch der beiden Deutschen nach Gastrecht und der Rückkehr nach Deutschland „bei nächster Gelegenheit“ rief daher Skepsis hervor. Die Deutsche Vertretung beim EKKI beschloss im Dezember 1934, eine Anerkennung Wehmeiers als Politemigrant vorerst zurück zu stellen und weitere Auskünfte einzuholen. Dennoch sollte der Maurer „schnellstens zur Arbeit vermittelt werden.“<sup>7</sup> Zwischenzeitlich war der junge Mann aus Wöbbel in seiner politischen Naivität jedoch eigenständig von Moskau nach Sotschi am Schwarzen Meer gefahren. Diese „Eigenwilligkeit“ und mangelnder Leumund machten ihn zusätzlich verdächtig. Auch die vom EKKI und der IRH vermittelte Arbeitsstelle behielt Wehmeier nicht lang. Wiederum ohne die Behörden in Kenntnis zu setzen, begab er sich dieses Mal nach Sewastopol. Dort wurde er ergriffen und aus der Stadt verwiesen. Wehmeier fand schließlich im Frühjahr 1935 eine neue Anstellung in Tuschino bei Moskau.<sup>8</sup> Dort verfasste er eine

---

<sup>6</sup> Über Paul Hahne konnten weder im Bestand der Komintern in Moskau noch in den Rückwandererakten des Politischen Archives des Auswärtigen Amtes in Bonn Unterlagen oder Hinweise gefunden werden.

<sup>7</sup> Vermerk der Deutschen Abteilung des EKKI, 2.12.1934; in: RGASPI, 495/205/435.

<sup>8</sup> Vermerk der Internationalen Roten Hilfe (IRH/MOPR), 10.3.1936; ebd.

neue Eingabe an die Deutsche Vertretung des EKKI:

„Völlig unwissend darüber, wie man sich in einer solch' heiklen Situation zu verhalten hat, kamen wir im Gebiet der UdSSR an. Wir glaubten uns irgendwo im weiten Lande, in Verbindung mit Gewerkschaft und Partei, auf Stellen, wo Bauarbeit sei, niederlassen zu können und wären dann in Sicherheit.“<sup>9</sup>

Der mittlerweile erhobenen und üblichen Forderung nach Aufgabe der deutschen und Annahme der sowjetischen Staatsangehörigkeit glaubte Wehmeier entgegen zu können:

„[Die] Lage in Deutschland [hat sich] nicht gerade so zugespitzt, dass ich meine Bürgerschaft kündigen müsste. Ich bitte daher um Verlängerung des Gast- und Arbeitsrechts, bis ich eines Tages selbst die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft beantrage auf freien Wunsch.“<sup>10</sup>

Dieses Verlangen Wehmeiers, seine Staatsangehörigkeit beizubehalten, um sich den Weg nach Deutschland nicht zu versperren, und sein sonstiges Verhalten rückten ihn in den Augen der Parteistellen sogar in den Verdacht der Spionage, wie ein Vermerk der IRH vom 10. März 1936 belegt: „Kriegsbetriebe haben es ihm angetan. Sowjetbürgerschaft will er nicht annehmen, weil er im Urlaub wieder nach Deutschland will. Er möchte auch gern in der Wolgarepublik arbeiten. Verdächtiger Typ.“<sup>11</sup>

Tatsächlich war Wehmeiers Verlangen nach Verlassen der Sowjetunion stark gewachsen. Über die Gründe lässt sich angesichts fehlender Quellen nur spekulieren. Andererseits schien er auch das mit der Rückkehr verbundene Risiko der Verfolgung durch die Gestapo und Behörden bei weitem zu unterschätzen. Durchaus möglich ist es natürlich, dass die Bediensteten der Deutschen Botschaft in Moskau, mit der er nachgewiesenermaßen seit dem Jahreswechsel 1935/36 in Kontakt stand, dieses herunter spielten und ihm signalisierten, er sei willkommen. Im Mai 1936 schließ-

lich bat die Deutsche Abteilung des EKKI die IRH, Wehmeier seinen deutschen Reisepass wieder auszuhändigen, denn dieser sei „ein ziemlich unzuverlässiger Genosse.“<sup>12</sup> Die Prüfungskommission des EKKI hielt am 19. Juni 1936 fest:

„Seine Angaben sind vollkommen verworren, aufgeblasen und nichtssagend. War also nur ein Jahr Mitglied, wenn Angaben überhaupt richtig sein sollen. Ist als unsicheres Element anzusehen. Seine Emigration wurde nicht anerkannt. Benimmt sich in der SU unwürdig, wollte keinen Sowjetpass annehmen, interessiert sich sehr stark für Kriegsbetriebe, wird auch von der IRH als verdächtiger Typ bezeichnet.“<sup>13</sup>

Mittlerweile war Wehmeier – wie die Prüfungskommission abschließend feststellte – jedoch wieder nach Deutschland ausgereist. Für die Komintern und die Parteistellen in der Sowjetunion hatte sich der Fall damit erledigt. Mit Unterstützung der Deutschen Botschaft in Moskau hatte Wehmeier ein Ausreisevisum erhalten, das bis zum 10. Juni 1936 gültig war.<sup>14</sup> Natürlich war die Gestapo über Wehmeiers Absicht informiert. Dazu trug nicht nur die Kontrolle der Post zwischen ihm und den Angehörigen in Wöbbel bei<sup>15</sup>, sondern auch die Unterrichtung des Geheimen Staatspolizeiamtes über die „Heimreise des Reichsangehörigen Robert Wehmeier aus der Sowjetunion“ durch das Auswärtige Amt.<sup>16</sup> Unter der Registraturnummer PA 4266 war bereits im Mai 1936 eine Karteikarte

<sup>12</sup> Deutsche Vertretung beim EKKI an Zentralkomitee der IRH, 15.5.1936; in: RGASPI, 495/205/435.

<sup>13</sup> Vermerk der Prüfungskommission beim EKKI, 19.6.1936; ebd.

<sup>14</sup> Deutsche Botschaft Moskau an Auswärtiges Amt, Berlin, 8.6.1936; in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA), Politische Abteilung, Referat V, Az. Russland Privata, R 104517. Zwei frühere Berichte der Botschaft vom 4.1.1936 und 20.4.1936, die anhand des Eingangsjournals nachweisbar sind, waren bereits zum damaligen Zeitpunkt (Juni 1936) nicht mehr auffindbar.

<sup>15</sup> Ein Reisepassantrag des Bruders Hermann vom 27.5.1935 wurde wegen des Aufenthalts von Robert Wehmeier in der Sowjetunion abgewiesen. Darin findet sich auch der Hinweis auf die angeordnete Postkontrolle. Vgl. Vorgang in: Staatsarchiv Detmold (StA DT) L 80 Ie Gr. IV Tit. 3 Nr. 46.

<sup>16</sup> Auswärtiges Amt an Gestapa, 14.6.1936; in: PA, Politische Abteilung, Referat V, Az. Russland Privata, R 104517.

<sup>9</sup> R. Wehmeier an Deutsche Vertretung des EKKI, 18.4.1935; ebd.

<sup>10</sup> ebd.

<sup>11</sup> Vermerk der IRH, 10.3.1936; in: RGASPI, 495/205/435.

für Wehmeier durch die so genannte Rückwandererzentrale angelegt worden.<sup>17</sup> Eine im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf noch vorhandene Gestapo-Akte Wehmeiers enthält allerdings nur ein Blatt. Dabei handelt es sich um die Wiedergabe eines Fernschreibens des Geheimen Staatspolizeiamtes (Gestapa) vom 28. August 1936, in welchem sich der Hinweis findet, dass Wehmeier von der Botschaft einen Pass zur Rückreise erhalten habe, der am 30. Juni 1936 abgelaufen sei. Damit verbunden war die Frage, ob „W. die östlichen Grenzstellen passiert habe.“<sup>18</sup>

Bereits bei der Ankunft in Deutschland scheint Wehmeier von Bediensteten der Gestapo festgenommen worden zu sein. Üblicherweise wurden die so genannten Rückwanderer anfangs in einem Auffanglager zu ihrer Zeit in der Sowjetunion intensiv befragt. Dabei ging es nicht nur um andere flüchtige Kommunisten und deren Aktivitäten, sondern auch um die Lebensverhältnisse in der Sowjetunion und militärische Angelegenheiten, vor allem Informationen über die sowjetische Rüstungsindustrie.

Am 14. November 1936 wurde Robert Wehmeier aus der Gestapo-Haft in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. Im Lager führte man ihn als „Schutzhäftling“ unter der Nummer 51.<sup>19</sup> Vermutlich wurde er einige Male verlegt: so erst ins KZ Lichtenberg, dann am 15. Juli 1937 ins KZ Buchenwald.<sup>20</sup> Dort entließ man ihn ein gutes Jahr später, am 30. August 1938.<sup>21</sup>

Auch nach der Entlassung aus dem KZ unterlag Robert Wehmeier der Beobachtung durch die Gestapo und die örtlichen NSDAP-Funktionäre. Bis Ende November 1938 musste er sich

wöchentlich bei der Polizei melden.<sup>22</sup> Dann, im Dezember 1938, hatte er eine Anstellung als Maurer bei einem Bauunternehmen in Bad Pyrmont gefunden. Vermutlich endete mit diesem Zeitpunkt auch die Überwachung. Der Ortsgruppenleiter der Wöbbeler NSDAP wusste dem Kreisleiter zu berichten, dass der Rückkehrer durch den Blockleiter Lange regelmäßig geschult werde, und ergänzte: „Wehmeier hat sich in die Volksgemeinschaft gut eingelebt und passt sich den heutigen Verhältnissen gut an.“<sup>23</sup> Dennoch galt er wegen seiner kommunistischen Vergangenheit und seines Aufenthalts in der Sowjetunion bei Kriegsausbruch als „wehrunwürdig“. Erst später – der genaue Zeitpunkt ist unbekannt – wurde er eingezogen und musste nach Angaben in der Wiedergutmachungsakte in einem Strafbataillon Dienst leisten.<sup>24</sup> Im Alter von 36 Jahren fiel Robert Wehmeier am 21. Dezember 1944 bei Kämpfen am italienischen Futa-Pass. Sein Grab findet sich auf einem deutschen Soldatenfriedhof in der Nähe.<sup>25</sup>

Eigene Zeugnisse Wehmeiers über die Beweggründe seiner Flucht in die Sowjetunion, seiner Rückkehr nach Deutschland und seiner vorgetäuschten oder tatsächlichen Annäherung an den Nationalsozialismus standen leider nicht zur Verfügung. Nach der vorhandenen Quellenlage zeigt sich das Bild eines jungen Menschen, dessen offenkundig naive politische Vorstellung – auch von Freiheit – zwischen den Bürokratien zweier diktatorischer Staaten zermahlen wurde.

<sup>17</sup> Karteikarte der Rückwandererzentrale, 25.5.1936; in: Bundesarchiv Potsdam (ehem. BDC).

<sup>18</sup> Fernschreiben Gestapa Berlin, Nr. 83048 vom 28.8.1936; in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 58 Nr. 12392.

<sup>19</sup> Auskunft der Gedenkstätte Sachsenhausen an den Verf., 13.8.2003.

<sup>20</sup> Angaben nach der Wiedergutmachungsakte Wehmeiers; in: StA DT D 100 Detmold Zg. 1/1988 Nr. 923.

<sup>21</sup> Auskunft der Gedenkstätte Buchenwald an den Verf., 9.7.2004.

<sup>22</sup> Vermerk des NSDAP-Gaugeschäftsführers, o. D. (ca. 5.9.1938); in: StA DT L 113 Nr. 740, Bl. 170.

<sup>23</sup> NSDAP-Ortsgruppenleiter Wöbbel an NSDAP-Kreisleiter Lippe, 22.12.1938; in: StA DT L 113 Nr. 740, Bl. 169 ff.

<sup>24</sup> Wiedergutmachungsakte Robert Wehmeier; in: StA DT D 100 Detmold Zg. 1/1988 Nr. 923.

<sup>25</sup> Auskunft des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge an den Verf., 23.8.2004.

## Von den Nationalsozialisten während des Pogroms 1938 beschlagnahmte Akten und Kultgegenstände jüdischer Gemeinden in Lippe - Zum Hintergrund eines fast 50 Jahre verschollenen Aktenbestandes<sup>1</sup>

von Jürgen Hartmann

Beinahe fünfzig Jahre war ein für die Geschichte der Juden in Lippe in seiner Bedeutung gar nicht zu überschätzender Aktenbestand verschollen. Das Schriftgut schlummerte unbemerkt und unbeachtet im Keller der jüdischen Gemeinde in Hamburg, bis es dort von Joshua Pierce, einem Mitarbeiter des United States Holocaust Memorial Museum, entdeckt wurde. Auf einer Tagung in Dorsten vor etwa zwei Jahren berichtete Pierce von dem Fund. Jürgen Scheffler, Museumsleiter in Lemgo und Teilnehmer der Tagung, nahm diesen wichtigen Hinweis auf und gab ihn weiter an Mitarbeiter im Staatsarchiv Detmold mit der Intention, die Akten oder zumindest eine Verfilmung wieder ins Staatsarchiv Detmold zu bekommen.<sup>2</sup>

Bereits 1989/90 hatte der Verfasser umfangreiche Recherchen nach dem Verbleib des Bestandes angestellt. Anfragen bei den Central Archives for the History of the Jewish People (Jerusalem), beim Central British Fund for World Jewish Relief (London), der Wiener Library (London), beim Leo-Baeck-Institute (New York), beim Institute for Jewish Research (New York), bei der Jewish National and University Hebrew University (Jerusalem), bei Yad Vashem (Jerusalem), beim Landesverband der jüdischen Gemeinden in Westfalen, beim ehem. Mitarbeiter der Jewish Trust Corporation (JeTCo), Dr. Ernst G.

<sup>1</sup> Leicht überarbeitete Fassung der für das Internet-Forum Lippe\_History sowie die Staatsarchive Detmold und Hamburg im April 2004 angefertigten Ausarbeitung.

<sup>2</sup> Originalunterlagen befinden bei der jüdischen Gemeinde Hamburg, Filmkopien im U.S. Holocaust Memorial Museum (Washington), im Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hamburg) und im Hamburger Staatsarchiv.

Lowenthal (Berlin), und beim ehem. Vorsteher der jüdischen Gemeinde Detmold, Tobias Blaustein (Frankfurt), erbrachten 1989 nur Fehlanzeigen. Als letzter bekannter Ort des Bestandes in Deutschland kam eigentlich nur Hamburg in Betracht, da die anderen Zweigstellen der JeTCo sich aufgelöst hatten und das Material in die Geschäftsstelle in Hansestadt überging. Aber auch die Anfragen im Staatsarchiv Hamburg, beim Institut für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg, den jüdischen Gemeinden Hannover und Hamburg (!) blieben ohne Erfolg. Der nachfolgende Beitrag soll einen kurzen Abriss zur Herkunft des wieder entdeckten Bestandes liefern.<sup>3</sup>

„Sowohl die Gemeinde Detmold als auch die Gemeinde Lemgo [...] haben das seltene Glück gehabt, dass ein großer Teil der Synagogengegenstände gerettet worden sind“, schreibt die jüdische Gemeinde Detmold am 24. Mai 1950 an das Jewish Committee for Relief Abroad in London.<sup>4</sup> Dieser bescheidenen Freude über erhalten gebliebenes Mobiliar wenige Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus steht eine bittere und schmerzliche Gesamtbilanz entgegen. Vieles an jüdischer Kultur und Geschichte in Deutschland und anderen Teilen Europas ist durch den nationalsozialistischen Terror vernichtet und zerstört worden und damit unwiederbringlich verloren.

Für die jüdischen Gemeinden in Lippe schien das nicht anders zu sein. Gemeindeeigenes Schriftgut oder das jüdischer Stiftungen und Organisationen war offenbar nicht mehr erhalten. Dass die Situation sich aber nach 1945 doch in anderer Weise

<sup>3</sup> Im Zusammenhang mit diesen Nachforschungen wurde dem Verfasser bekannt, dass Unterlagen der jüdischen Gemeinden Detmold und Lemgo von 1945 bis 1963 bei der jüdischen Gemeinde Herford lagerten und dort auch einige von der Lippischen Landesbibliothek abgegebene Bücher (aus Privatbesitz, offenbar aber auch der jüdischen Schule Detmold) zu finden waren.

<sup>4</sup> Jüdische Gemeinde Detmold an Jewish Committee für Relief Abroad London, 24.5.1950; in: StA DT Bestand Jüdische Gemeinden Detmold/Lemgo, Briefe 1.1.50-31.12.51

darstellte, dafür gab es eine Reihe von Hinweisen. In den Wiedergutmachungsakten der Kreise Detmold und Lemgo im Staatsarchiv Detmold ließen sich bei einer systematischen Sichtung und Auswertung 1988/89 bereits Spuren auf nach dem Krieg noch vorhandene Unterlagen finden. Die JeTCO, die als Treuhänderin und Antragstellerin für die jüdischen Interessen eintrat, hatte ihren Anträgen bezüglich der zerstörten lippischen Synagogen in den 50er bzw. 60er Jahren regelmäßig eine Liste mit damals – also 1938 – noch vorhandener Einrichtung beigefügt. Auch in einigen von der JeTCO (Zweigstellen Mülheim, Hannover, später Hamburg) betriebenen Rückerstattungsverfahren ließen sich Hinweise auf vorhandene Quellen – vornehmlich zu Synagogen, Friedhöfen und Gemeindegrundstücken - finden.

Mehr Klarheit über den offenbar bei der JeTCO vorhandenen Fundus brachte eine Akte des Staatsarchivs Detmold aus den Jahren 1951 bis 1953. Der Vorgang über Archivalien der jüdischen Gemeinden bzw. der Synagogengemeinden Lippes beginnt mit einem Vermerk aus dem Jahr 1951. Dem Regierungspräsidenten wurde mitgeteilt, dass Dr. E. G. Loewenthal von der JeTCO Hamburg das Archiv besucht hatte, um Akten und Gegenstände aus jüdischem Besitz zu ermitteln. Das Landesarchiv besäße acht Pakete Akten, welche nach dem Synagogenbrand gesammelt worden seien, sowie das Bruchstück einer Thorarolle aus Privatbesitz. Darunter befinde sich auch eine aus elf Blättern bestehende Denkschrift des Predigers Rülff über die Synagogen und Friedhöfe der Gemeinden des Landesverbandes Lippe vom Juli 1936.<sup>5</sup> Die JeTCO drängte auf Entsperrung und Herausgabe dieser acht Pakete mit 200 Akten. Die Herkunft wurde in einem Vermerk aus dem Jahr 1952 präzisiert. Demnach waren sie im November 1938 in das ehemalige HJ-Heim (beim Haus „Ameide“) verbracht und wenig später an das Landesarchiv ausgehändigt worden. Auch zu den Akten selbst gibt es Hinweise: es handele sich um ca. 200 Einzelakten, Journale, eine Sammelbüchse, sonstigen

<sup>5</sup> Landesarchiv an Regierungspräsidenten, 1.6.1951; in: StA DT D 29 Nr. 284.

Schriftwechsel der früheren Synagogengemeinden sowie des Landesverbandes der Synagogengemeinden in Lippe.<sup>6</sup> Die Pakete wurden am 14. August 1953 von einem Fahrer der JeTCO Hannover abgeholt und zur dortigen Zweigstelle gebracht. Im Vermerk findet sich noch eine bescheidene Präzisierung der „ungeordneten Akten“: Kassensachen, Rundschreiben jüdischer Organisationen, Unterstützungsangelegenheiten und dergleichen.<sup>7</sup>

Auch in der Landesbibliothek wurden die Mitarbeiter der JeTCO fündig. Die Zweigstelle Hannover meldete 1952/53 Ansprüche auf 1.560 Bücher und 60 bis 70 Hefter und Archivalien an. Eine Aufstellung weist aus: Unterlagen der Marks-Haindorf'schen-Stiftung (Jüdisches Lehrerseminar) Münster mit 227 Bänden, 26 Akten und 2 Bildern; Unterlagen der Joel-Herford'schen-Stiftung Detmold mit 71 Bänden; Unterlagen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens Herford, Lippe etc. mit 87 Bänden; Unterlagen des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden mit 9 Bänden und eine Zahl von 1.550 bis 1.560 Büchern. 114 Bücher seien bereits am 14. Mai 1945 an die jüdische Gemeinde Detmold gegen Quittung ausgehändigt worden.<sup>8</sup> Auch diese Akten wurden von der JeTCO abgeholt.

Weiteren Aufschluss über geraubtes jüdisches Kulturgut liefert der Schriftverkehr der jüdischen Gemeinden Detmold und Lemgo aus den Jahren 1945 bis 1963. Der Bestand ließ sich 1989 im Keller der Herforder Gemeinde ausfindig machen und wurde gemeinsam mit Wolfgang Müller vom Verfasser als Leihgabe ins Staatsarchiv Detmold verbracht.<sup>9</sup> Im Keller fanden sich außerdem eine Sammelbüchse sowie Schulbücher der Gemeinde Detmold. Die Sichtung des Schriftwechsels der Gemeinde Detmold lässt weitere Schlussfolgerungen zu. Aus der Landesbibliothek waren nicht nur

<sup>6</sup> Vermerk vom 15.4.1952; in: StA DT D 27 KA Nr. 48 (JTC ./ . Landesarchiv Detmold).

<sup>7</sup> Vermerk vom 14.8.1953; in: StA DT D 29 Nr. 284.

<sup>8</sup> Vorgang JTC ./ . Landesbibliothek, 1953; in: StA DT D 27 KA Nr. 49.

<sup>9</sup> StA DT D 70 Jüdische Gemeinde Detmold.

Bücher an die jüdische Gemeinde übergeben worden (1945), sondern 1948 erfolgte offenbar auch die Rückgabe einer „größeren Anzahl von Thorakronen.“<sup>10</sup> Aus diesem Bestand überließ die Detmolder Gemeinde im November 1960 der Gemeinde in Karl-Marx-Stadt zwei Thorakronen und zwei Hände: „Die Kettchen zu den Händen waren leider nicht mehr vorhanden. Der Schmuck, von den Nazis entwendet, war jahrelang ausgelagert und zeigt viele Flecken.“<sup>11</sup> Der Schriftwechsel vermittelt andererseits auch einen kleinen Einblick darüber, was nicht mehr vorhanden war bzw. vernichtet wurde. Im Januar 1951 teilt die Detmolder Gemeinde der Stadt Lage mit, dass „die Urkunden der jüdischen Gemeinden in Lippe“ beim Synagogenbrand und später durch die Gestapo vernichtet worden seien.<sup>12</sup>

Was also wurde von den Nationalsozialisten 1938 in Lippe geraubt und beschlagnahmt? Was ist ins damalige Landesarchiv oder die Landesbibliothek verbracht worden und hat die NS-Zeit überdauert?

Bereits kurz nach der „Machtergreifung“ setzten Übergriffe der SA und der „Hilfspolizei“ (Hipo) auf Juden in nahezu allen lippischen Städten und Gemeinden ein. Kommandos der Hipo führten angeordnete und eigenmächtige Haussuchungen bei jüdischen Familien durch: so u.a. bei den Familien Kleeberg, Frankenstein und Schleyer in Bösingfeld (1. März 1933). In der Regel wurde – kurz nach dem Reichstagsbrand – nach Hinweisen gesucht, die in das Bild einer vermeintlich jüdisch-bolschewistischen Verschwörung passten. Beschlagnahmt wurden daher vor allem Waffen: Jagdgewehre, Weltkrieg-I-Pistolen, auch Messer –

<sup>10</sup> Verband der jüdischen Gemeinden Nordwestdeutschlands an jüdische Gemeinde Detmold, 16.9.1951; in: StA DT D 70 Jüdische Gemeinde Detmold, Briefe ab 1.1.1950.

<sup>11</sup> Vorgang Überlassungen an die jüdische Gemeinde Karl-Marx-Stadt, November 1960; in: StA DT D 70 Jüdische Gemeinde Detmold, Briefe 1.1.1960-30.9.1963. Die Verbindung zu Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) kam vermutlich durch den Vorsitzenden der Detmolder Gemeinde, Tobias Blaustein, zustande. Er stammte aus der Stadt in Sachsen.

<sup>12</sup> Jüdische Gemeinde Detmold an Stadt Lage, 16.1.1951; in: StA DT D 70 Jüdische Gemeinde Detmold, Briefe ab 1.1.1950.

und in einem Fall ein Gürtel mit Koppel des Reichsbanners. Diese Haussuchungen setzten sich in einer neuen Welle ab dem 11. März 1933 – dem Tag, an dem in Lippe die Bürger durch SA-Posten am Betreten jüdischer Geschäfte gehindert und zahlreiche Menschen in „Schutzhaft“ genommen wurden – bis Anfang April fort.

Durch die von Andreas Ruppert bearbeiteten Findbücher zum Bestand L 113 im Staatsarchiv Detmold ist erstmals auch die so genannte Zeitgeschichtliche Sammlung des Leiters des Lippischen Landesarchivs und der Lippischen Landesbibliothek von 1933 bis 1945, Dr. Eduard Wiegand, vorgestellt worden.<sup>13</sup> Hierin lässt sich vor allem „Beutegut“ aus jüdischem Privatbesitz finden: Urkunden, Briefwechsel, Fotoalben, aber auch Protokollbücher der jüdischen Gemeinde Schötmar sowie der Gesellschaft der Freunde in Schötmar. Das meiste davon ist Personen klar zuzuordnen, es lassen sich sogar aufgrund der durch Behördenschriftgut bekannten Maßnahmen die Zeiträume der Beschlagnahme eingrenzen. So sind vorhanden: Dokumente aus dem Besitz der Familie Gustav Arensberg (Alverdissen), des Lehrers Benjamin Katz (Bösingfeld) und des Redakteurs Felix Fechenbach (Detmold). Andere Dokumente – beispielsweise der Synagogengemeinde Detmold (Hebe- und Steuerlisten, Kassenangelegenheiten) – sind Fotokopien aus den Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem. Die Originale waren vermutlich über die JeTCo nach Israel gelangt und dann in den 70er Jahren ans Staatsarchiv Detmold „abgegeben“ worden.<sup>14</sup>

Die umfassendste „Sicherstellung“ – unter aktiver Beteiligung Wiegands - erfolgte jedoch im Zusammenhang mit dem Pogrom vom 10. November 1938. Hier gab es die Anweisung der Gestapo, Schriftgut der jüdischen Gemeinden und Einrichtungen zu beschlagnahmen.<sup>15</sup> Dieser „Beute-

<sup>13</sup> Staatsarchiv Detmold: NSDAP und NS-Organisationen in Lippe. Findbuch zum Bestand L 113, bearbeitet von Andreas Ruppert, 2 Bände, Detmold 1990, S. 20-21.

<sup>14</sup> Ebd., S. 607-613.

<sup>15</sup> Fernschreiben des Gestapa Berlin an alle Stapoleitstellen, 9.11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1714 Bl. 1.

zug“ lässt sich für die lippischen Gemeinden ansatzweise rekonstruieren. Zahlreiche Akten, Bücher und Kultgegenstände haben damals den Weg ins Lippische Landesarchiv, in die Lippische Landesbibliothek und evtl. das Lippische Landesmuseum gefunden und dort die Kriegsjahre überdauert. Um einen genaueren Überblick zu erhalten, stände eine systematische Sichtung der noch vorhandenen Zugangsverzeichnisse von Landesbibliothek und evtl. Landesmuseum an.

Unerlässlich ist es jedoch, sich vorab ein Bild der Situation der jüdischen Gemeinden in Lippe am Vorabend des Pogroms zu machen. Schon die demografische Entwicklung der Juden hatte vor allem in den 20er Jahren dazu geführt, dass sich nicht mehr lebensfähige Gemeinden anderen anschlossen oder anschließen mussten.<sup>16</sup> Diese Entwicklung wurde durch den Terror des Nationalsozialismus forciert. Fortzug in die scheinbar sicherere Anonymität größerer Städte oder Auswanderung trugen zum Niedergang besonders kleinerer Gemeinden, denen auch die wirtschaftliche Tragfähigkeit verloren gegangen war, bei. Der lippische Landesverband der Synagogengemeinden war bemüht, diesem Rechnung zu tragen. Er selbst schloss sich im Dezember 1935 dem Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden an – offenbar unter Wahrung einer gewissen Selbstständigkeit.<sup>17</sup> Nachdem der Detmolder Prediger und Lehrer Moritz Rülff im Sommer 1936 eine Denkschrift über die Synagogen und Friedhöfe angefertigt hatte, sind die Vorsitzenden des Synagogenverbandes mit dem Detmolder Makler Max Schuler in Verbindung getreten. Über ihn sind dann die Grundstücke der Gemeinde (auch Friedhöfe?) sowie die nicht mehr verwendeten Synagogen zum Verkauf angeboten worden. Bis zum Pogrom waren über ihn nachweislich die Bethäuser in Bartrup und Oerlinghausen (Juli 1938) sowie Lage (Oktober 1938) veräußert wor-

<sup>16</sup> So sollte sich 1920 die Synagogengemeinde Alverdissen, die tatsächlich nur noch aus Mitgliedern der Familie Arensberg bestand an die Synagogengemeinde Bösingfeld anschließen. Vgl. u.a. Protest der Familie Arensberg, 9.5.1920; in: StA DT L 109 Brake Nr. 171.

<sup>17</sup> Jüdische Rundschau vom 13.12.1935. Hinweis auch in der CV-Zeitung vom 23.4.1936.

den. Auch in anderen Händen waren bereits die Synagogen in Schlangen (Oktober 1937) und Blomberg (November 1937).<sup>18</sup> Das Mobiliar wurde – soweit überhaupt noch vorhanden – dem Käufer überlassen (Oerlinghausen), Akten und Kultgegenstände der Gemeinden sind aller Wahrscheinlichkeit nach nach Detmold gegangen.<sup>19</sup>

Beim ersten Blick auf die Polizeiberichte zum Verlauf des Pogroms in den lippischen Städten und Gemeinden, die in den Tagen danach gefertigt wurden, drängt sich der Eindruck von nahezu kompletter Zerstörung der jüdischen Gotteshäuser und ihres Inventars auf. Erst auf den zweiten Blick stößt man auf Hinweise der Sicherstellung von Schriftgut und Kultgegenständen. Zieht man die vorhandenen weiteren Quellen hinzu, verdichtet sich das Bild. Die weiteren Quellen sind: die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft Detmold gegen die Beteiligten an den Zerstörungen im November 1938 aus den Jahren 1946 bis 1949, die Akten der neu gebildeten jüdischen Gemeinden Detmold und Lemgo aus den Jahren 1946 bis 1963 sowie Hinweise auf vorhandenes Gut in den Wiedergutmachungsakten der Wiedergutmachung der Kreise Detmold und Lemgo und den Rückerstattungsakten des Landgerichtes Detmold aus den Jahren nach 1945. Hier ist nicht nur von der bereits angeführten Denkschrift Rülffs die Rede, sondern es wird auf eine Inventaraufstellung hingewiesen, die offenbar aus den Antworten auf eine Fragebogenaktion des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden vom 13. Juli 1936 resultierte.<sup>20</sup>

<sup>18</sup> Die Angaben ergeben sich aus den entsprechenden Rückerstattungsakten. Nach dem Pogrom wurden – z.T. nachweislich über Max Schuler - folgende Synagogen bzw. –reste mit Grundstück verkauft: Bösingfeld (Januar 1939), Schötmar (März 1939), Horn (Mai 1939), Bad Salzuflen (Juli 1939), Schwalenberg (August 1939).

<sup>19</sup> Für Kultgegenstände gab es eine von mehreren zentralen Sammelstellen des Preußischen Landesverbandes in Hannover. Inwieweit dorthin Abgaben aus lippischen Gemeinden erfolgten, ist nicht nachvollziehbar.

<sup>20</sup> Besonders in den Wiedergutmachungsakten wurde seitens der die Ansprüche vertretenden Jewish Trust Corporation (JeTCo) auf aus beschlagnahmten Akten erstellte Übersichten zurückgegriffen. Vgl. z.B. WDG-Akte zur Synagoge Bad Salzuflen, in: StA DT D 100 Lemgo, sowie Rückerstattungsakte zur Synagoge Bad Salzuflen; in: StA DT D 20 B Zg. 14/1989 Rüt 14/52.

Nach der Auswertung der o.g. Bestände ergibt sich folgendes Bild aus den einzelnen Städten und Gemeinden in Lippe:

### 1. Detmold

Synagoge und Inneneinrichtung wurden zerstört.<sup>21</sup> Im Bericht des Bürgermeisters im Anschluss an die „Aktion“ wird die Sicherstellung von Archivmaterial der Synagogengemeinde angeführt. Es handele sich um Akten zur Verwaltung der Synagoge, zum jüdischen Hilfsverein, zur Auswanderung. Die Auswertung erfolge durch die Ortsgruppe Süd der NSDAP, anschließend würde das Material dem Landesarchiv übergeben.<sup>22</sup> Im Ermittlungsverfahren gegen den lippischen Kreisleiter Adolf Wedderwille u.a. wegen Brandstiftung aus dem Jahr 1946 heißt es außerdem, dass die Kultgegenstände vor der Brandsetzung sichergestellt wurden.<sup>23</sup>

Es findet sich außerdem der Hinweis, dass beim Händler Josef Vogelhut, der Ende Oktober 1938 im Zusammenhang mit der „Polenaktion“ abgeschoben worden war, ein „Trödelbuch“ beschlagnahmt wurde.<sup>24</sup>

### 2. Lemgo

Synagoge und Inneneinrichtung wurden zerstört. Es gibt keine Hinweise auf beschlagnahmtes Aktenmaterial oder sichergestellte Kultgegenstände.<sup>25</sup> Im zeitgenössischem Bericht: Sicherstellung von Waffen bei Mathilde Lenzberg, der eisernen Tore des neuen jüdischen Friedhofes

<sup>21</sup> Zum Inventar vgl. WDG-Akte; in: StA DT D 100 Detmold Zg. 1/1988 Nr. 352 und 834; sowie Rückerstattungsakten.

<sup>22</sup> Bericht des Bürgermeisters Detmold an die Gestapo, 18.11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 31-33.

<sup>23</sup> Ermittlungsverfahren gegen Adolf Wedderwille u.a., 1946; in: StA DT D 21 B Zg. 34/1976 Nr.149. Der Vorwurf, der stellv. Bürgermeister Schürmann habe während des Pogroms die in einer Wand der Synagoge eingemauerte Gemeinkasse mit 7.000 RM erbrochen und das Geld gestohlen, ließ sich nicht erhärten. Vgl. Ermittlungsverfahren gegen Wilhelm Schürmann, 1946; in: StA DT D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 325.

<sup>24</sup> Das Buch ist wenig später durch NSDAP-Kreisleiter Adolf Wedderwille dem Detmolder Bürgermeister überreicht worden. Vgl. StA DT L 113 Nr. 272.

<sup>25</sup> Zum Inventar vgl. Rückerstattungsakte; in: StA DT D 20 B Zg. 14/1989 RüT 22/52.

sowie von zehn Eisenträgern des alten Friedhofes. 28 Grabsteine des geschliffenen alten Friedhofes lagerten Ende 1938 auf dem Fillerbruche.<sup>26</sup> Im Ermittlungsverfahren gegen Beteiligte von 1948 heißt es, dass die Gegenstände aus der Synagoge heraus geworfen und verbrannt wurden.<sup>27</sup>

### 3. Bad Salzuflen

Zertrümmerung der Inneneinrichtung der Synagoge.<sup>28</sup> Im Bericht vom November 1938 wird die „Sicherstellung von Gebetbüchern, Schriften und eines Silbertrinkbechers“ angeführt.<sup>29</sup>

### 4. Schötmar

Zerstörungen im Innenraum vor dem Niederbrennen der Synagoge; keine Angaben über Sicherstellungen.<sup>30</sup>

### 5. Horn

In den Berichten vom November 1938: Zertrümmerung der Inneneinrichtung der Synagoge<sup>31</sup>, Zerstörung von Bänken, Schriften, Lampen.<sup>32</sup> Keine Angaben über beschlagnahmtes Schriftgut oder Kultgegenstände.<sup>33</sup> „In der hies. Synagoge ist jüdisches Archivgut nicht vorgefunden.“<sup>34</sup>

### 6. Oerlinghausen

Die Synagoge war im Sommer 1938 verkauft worden. Nach dem Pogrom wurde der Turm mit Davidsstern entfernt. Die Gemeindeunterlagen

<sup>26</sup> Bericht des Bürgermeisters Lemgo, 17.11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 73-74.

<sup>27</sup> Ermittlungsverfahren gegen August St., 1948; in: StA DT D 21 B Zg. 43/1960 Nr. 137.

<sup>28</sup> Bericht der NSDAP-KL Lippe an NSDAP-Gauleitung, 12.11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 28-29. Zum Inventar vgl. WDG-Akte, in: StA DT 100 Lemgo Zg. 1/1988 Akte „J“; sowie Rückerstattungsakte; in: D 20 B Zg. 14/1989 RüT 14/52.

<sup>29</sup> Bericht des Polizeiobermeisters Bad Salzuflen, 11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 77-79.

<sup>30</sup> Bericht des Gendarmerie-Amtes Schötmar, 18.11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 86-89. Zum Inventar vgl.

<sup>31</sup> Bericht der NSDAP-KL Lippe an NSDAP-Gauleitung, 12.11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 28-29

<sup>32</sup> Gendarmerie-Abtl. Detmold über Aktion in Horn, 18.11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 35.

<sup>33</sup> Zum Inventar vgl. WDG-Akte; in: StA DT D 100 Detmold Zg. 1/1988 Nr. 833; sowie Rückerstattungsakten; in: StA D 20 B Zg. 14/1989 RüT 13/52 und 70/52.

<sup>34</sup> Vermerk des Bürgermeisters, 6.6.1939; in: StadtA Horn 204/031.



waren vermutlich schon vor dem Verkauf nach Detmold geschafft worden.<sup>35</sup>

#### 7. Lage

Die Synagoge war im Oktober 1938 in den Besitz der Stadt übergegangen. Die Verhandlungen liefen mit der „jüdischen Synagogenverwaltung“ in Detmold.<sup>36</sup> Keinerlei Angaben über Aktenmaterial der Gemeinde.

#### 8. Barntrup

Im Bericht von 1938: Sicherstellung von Archivmaterial aus der Synagoge im Rathaus.<sup>37</sup> Inneneinrichtung und Bänke wurden zerstört.<sup>38</sup>

#### 9. Alverdissen

Der Ortsbürgermeister brachte bei der Demolierung des Geschäfts Arensberg einen Teil der Möbel und Vorräte „in Sicherheit“.<sup>39</sup> Das Inventar dort scheint weitestgehend zerstört worden zu sein; die Akten wurden angeblich auf der Straße verbrannt.<sup>40</sup>

#### 10. Silixen

Sicherstellung von Waffen bei Max Stern.<sup>41</sup>

#### 11. Schwalenberg

Die Synagoge wurde nicht beschädigt. Im Bericht an die Gestapo wird gemeldet: Archivmaterial wurde „bisher nicht sichergestellt, nur die laufenden Geschäftsbücher und Kladden.“<sup>42</sup>

---

<sup>35</sup> Bericht des Gendarmerie-Postens Oerlinghausen, 18.11.1938, in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 84; Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, 1948, in: StA DT D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 113.

<sup>36</sup> Vgl. Einladung zu Magistratssitzung für den 31.10.1938, Tagesordnungspunkt 2; in: StadtA Lage.

<sup>37</sup> Bericht des Gendarmerie-Postenbereiches Bega, 18.11.1938; in: StA T M 1 IP Nr. 1006 Bl. 80.

<sup>38</sup> Ermittlungsverfahren gegen Lutz W., 1948; in: StA DT D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 131.

<sup>39</sup> Bericht des Gendarmerie-Postenbereiches Hillentrup, 18.11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 76-77.

<sup>40</sup> Ermittlungsverfahren gegen Willi K., 1946; in: StA DT D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 300.

<sup>41</sup> Bericht des Gendarmerie-Postenbereiches Silixen, 18.11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 89.

<sup>42</sup> Gendarmerie-Postenbereich Schwalenberg über Aktion in Schwalenberg, 16.11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 39-40. Bei den „Geschäftsbüchern und Kladden“ handelt es sich offenbar um Unterlagen aus dem Geschäft Bachrach. Die NSDAP erstellte daraus am 28.11.38 eine Liste mit

#### 12. Bösingfeld

Im Bericht von 1938: Demolierung von Fenstern und Türen der Synagoge, keine Inbrandsetzung. Sicherstellung von Waffen bei Moritz Frankenstein und von drei Schächtmessern bei Moses Kleeberg. „Archivmaterial wurde von Dr. Wiegand im Auftrag des Kreisleiters abgeholt.“<sup>43</sup> In den betreffenden Ermittlungsverfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit von 1946 und 1948 heißt es, dass sämtliches Inventar zerstört, der „Altar ... mit Spitzhacken zertrümmert“ und Schriften und Bücher aus der Synagoge herausgeholt und verbrannt wurden.<sup>44</sup>

#### 13. Kachtenhausen

Sicherstellung von Waffen bei Antonie Meyer.<sup>45</sup> Dem ebenfalls dort lebenden Oerlinghauser Arzt Dr. Max Meyer wurde seine Bibliothek mit 350 Bänden entzogen.<sup>46</sup>

#### 14. Retzen

Sicherstellung von Waffen bei Julius Silberbach.<sup>47</sup>

Nachweisbar ist also die „Sicherstellung“ von Aktenmaterial und Kultgegenständen in Detmold, Bad Salzuflen, Barntrup und Bösingfeld. In der Detmolder Synagoge, dem Sitz des Landesverbandes der lippischen Synagogengemeinden, war mit großer Wahrscheinlichkeit auch Archivgut aus Oerlinghausen und evtl. Lage vorhanden. In Schwalenberg wurden Unterlagen des Geschäftes Bachrach geraubt.

---

Personen, die seit dem 1.1.38 noch dort einkauften. Vgl. StA DT L 113 Nr. 995. Vgl. auch WDG-Akte; in: StA DT D 100 Detmold Zg. 1/1988 Nr. 534.

<sup>43</sup> Bericht des Gendarmerie-Amtes Bösingfeld, 18.11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 81.

<sup>44</sup> Verfahren gegen unbekannt, 1946; in: StA DT D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 298; Verfahren gegen Willi K. u.a., 1949; in: StA DT D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 156. Zum Inventar vgl. Rückerstattungsakten; in: StA DT D 20 B Zg. 14/1989 Rü 30/52 und 34/52.

<sup>45</sup> Gendarmerie-Postenbereich Helpup, 17.11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 82.

<sup>46</sup> Vgl. StA DT D 20 B Zg. 14/1989 Rü 50/51.

<sup>47</sup> Gendarmerie-Posten Ehrsen, 18.11.1938; in: StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 85.

Zuguterletzt noch ein paar Worte zu den Akten der verbliebenen jüdischen Gemeinden bzw. Zweigstellen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (RVJD) in Lippe ab November 1938. Mit der Deportation der Verantwortlichen Ende Juli 1942 und der Auflösung des Detmolder Büros der RVJD gingen die Unterlagen vermutlich ins Bielefelder Büro über.<sup>48</sup> In Detmold war anschließend nur noch der in „Mischehe“ lebende RVJD-Vertrauensmann Ludwig Hesse tätig, bis er 1943 festgenommen und deportiert wurde. Letzter für Lippe zuständiger Vertrauensmann war Louis Sternberg aus Paderborn. Das Schriftgut aus jener Zeit ist offenbar komplett vernichtet worden.

Anhang: Übersicht über die bei der Jüdischen Gemeinde Hamburg vorhandenen Bestände aus Lippe<sup>49</sup>

*Bestand: Gemeinde Detmold*

1. Finanzen 1930-1934  
150 S.
2. Korrespondenz mit Palästina-Amt Berlin 1938  
10 S.
3. Korrespondenz mit Landesverband 1938  
20 S.
4. Korrespondenz Landesrabbinat 1936  
10 S.
5. Steuerforderungen und Korrespondenz 1936-1938  
100 S.
6. Korrespondenz 1938  
10 S.
7. Wirtschaftshilfe Bielefeld 1934-1937  
10 S.
8. Hilfsverein der Juden in Deutschland, Bielefeld 1937-1938  
20 S.

<sup>48</sup> Das Bielefelder RVJD-Büro stellte bei den NS-Behörden auch Anträge zur Übergabe des Mobiliars aus Gartenstraße 6 und der Büroausstattung aus der Hornschen Straße 33. Vgl. Anspruch der RVJD-Bezirksstelle Westfalen in Bielefeld an Finanzamt Detmold, ca. 5.8.1942, in: StA DT D 20 B Zg. 14/1989 Rü 7/52 Bl. 91-93.

<sup>49</sup> Zusammenstellung des USHMM. Eine genaue Aufstellung und Betrachtung des Bestandes bleibt einem Beitrag in einer der folgenden Ausgaben vorbehalten.

9. Korrespondenz Detmold 1936-1937  
70 S.
10. Juristische Information des Palästina-Amtes 1938 (Informationsbroschüre)  
350 S.
11. Korrespondenz 1930-1938  
300 S.
12. Stiftungsunterlagen - Herrman Schiff-Stiftung 1921-1936  
20 S.
13. Sprachkurs 1938  
1 S.
14. Korrespondenz Centralverein 1938  
10 S.
15. Reichsvereinigungs-Konferenz 1938  
10 S.
16. Korrespondenz mit der GeStapo 1938  
40 S.
17. Unterlagen der Synagogengemeinde Oerlinghausen 1938  
50 S.
18. Gemeinde-Korrespondenz, Satzungen 1933-1937  
100 S.
19. Listen von Volljuden und Mischlingen sowie Personalbogen 1937  
150 S.
20. Korrespondenz mit Finanzamt 1938  
5 S.
21. Namenslisten, Datum unbekannt  
1 S.
22. Reichsvertretungsvordrucke, Fragebogen, Bewerbungsbogen des Palästina-Amtes 1938  
20 S.
23. Fragebogen des Hilfsvereins 1938  
30 S.
24. Korrespondenz Detmold 1938  
10 S.
25. Korrespondenz Detmold 1937-1938  
20 S.
26. Korrespondenz der Gemeinde Bad Salzuflen 1932-1938  
100 S.
27. Privatkorrespondenz mit Palästina-Amt und anderen Institutionen 1938  
40 S.
28. Korrespondenz und Rechnungen 1934-1938  
40 S.
29. Briefwechsel 1937  
100 S.

30. Briefwechsel 1938  
50 S.
31. Finanzen 1927-1935  
10 S.
32. Finanzen 1938  
20 S.
33. Korrespondenz Hilfsverein der Juden in  
Deutschland 1937-1938  
150 S.
34. Briefwechsel 1936-1937  
150 S.
35. Rundschreiben des CV an die Gemeinden  
1938  
70 S.
36. Unterlagen der Wanderbücherei des  
Preuss. Landesverbandes 1935-1938  
50 S.
37. Personalstandsaufnahme 1937  
40 S.
38. Korrespondenz 1924-1938  
150 S.
39. Unterlagen der Rentenabteilung 1938  
25 S.
40. Korrespondenz des Vorstandes 1935-  
1937  
150 S.

*Unterbestand Detmold - Lippische Synagogengemeinde*

1. Finanzen 1937  
10 S.
2. Finanzbuch 1937  
50 S.
3. Telefonbuch ca. 1937  
60 S.
4. Korrespondenz Lippe 1936-1938  
50 S.
5. Vertrag 1938  
10 S.
6. Schulakte 1937  
20 S.
7. Gemeindefauflistung des Landesverbandes  
Lippe 1938  
40 S.
8. Steuerangelegenheiten, Bentheim 1938  
60 S.
9. Kassenbuch 1938  
50 S.
10. Korrespondenz 1937  
50 S.
11. Satzungsänderungen 1937  
50 S.

12. Sozialausschuss 1938  
50 S.
13. Postamt 1937  
5 S.
14. Unterlagen und Benachrichtigungen für  
Viehhändler 1937  
10 S.
15. Korrespondenz 1938  
100 S.
16. Gemeindebeschlüsse 1938  
10 S.
17. Friedhofsunterlagen 1938  
3 S.
18. Hilfe und Aufbau 1936-1938  
40 S.
19. Beratungsstelle des Hilfsvereins, Korres-  
pondenz 1938  
40 S.
20. Private Korrespondenz, Leseritz-Stiftung  
1900-1937  
10 S.
21. Finanzen 1929-1937  
100 S.
22. Haushaltsunterlagen 1937-1938  
150 S.
23. Korrespondenz mit Reichsvertretung und  
CV 1937-1938  
150 S.
24. Bürounterlagen Detmold 1938  
150 S.
25. Finanzen, Protokolle 1938  
30 S.
26. Mitgliederlisten der jüd. Vereine 1937-  
1938  
150 S.
27. Korrespondenz mit Landesverband 1936  
10 S.
28. Korrespondenz mit Landesverband 1936-  
1938  
70 S.
29. Unterlagen der Gesellschaft für jüd. Fami-  
lienforschung, Korrespondenz mit Ge-  
meinden 1937  
40 S.
30. Kassenbuch 1936  
50 S.
31. Unterlagen des Gesamtarchivs der Juden  
in Deutschland, Winterhilfe 1933  
10 S.
32. Finanzen, Korrespondenz mit Reichsstatth-  
alter, Steuern 1938  
70 S.

- |   |  |
|---|--|
| <p>33. Korrespondenz Gemeindegtag 1920-1936<br/>150 S.</p> <p>34. Protokolle der Reichsvertretung 1933-1935<br/>250 S.</p> <p>35. Mustersatzungen für Kleingemeinden 1937<br/>40 S.</p> <p>36. Wohlfahrtspflege 1938<br/>10 S.</p> <p>37. Familienschutzverein 1938<br/>10 S.</p> <p>38. Vorstandsprotokolle und Korrespondenz 1933<br/>100 S.</p> <p>39. Korrespondenz 1927-1934<br/>100 S.</p> <p>40. Private Korrespondenz, Finanzen 1937<br/>40 S.</p> <p>41. Rechnungsbeläge 1938<br/>250 S.</p> <p>42. Jüd. Winterhilfe 1938<br/>50 S.</p> <p>43. Jüd. Auswanderung Sommer 1938<br/>100 S.</p> <p>44. Jüd. Winterhilfe 1938<br/>50 S.</p> <p>45. Gemeindeausschusswahlen Nov. 1936, Protokolle<br/>40 S.</p> <p>46. Korrespondenz des Vorstandes, Satzungen 1938<br/>100 S.</p> <p>47. Grundstücksverwaltung 1922-1935<br/>250 S.</p> <p>48. Korrespondenz zu den Finanzen 1938<br/>250 S.</p> <p>49. Korrespondenz 1931-1938<br/>200 S.</p> <p>50. Adressen jüd. Hilfsvereinigungen 1937<br/>3 S.</p> <p>51. Korrespondenz Gemeindeausschuss, Vorstand 1922-1938<br/>150 S.</p> <p>52. Zentralstelle für jüd. Darlehenskasse e. V. 1935-1937<br/>50 S.</p> <p>53. Korrespondenz des Vorstandes, Synagogenkonten 1922-1936<br/>150 S.</p> <p>54. Telefonbuch 1938<br/>40 S.</p> | <p>55. Zionistische Arbeitsgemeinschaft 1938<br/>120 S.</p> <p>56. Finanzen, Beerdigungen 1938<br/>350 S.</p> <p>57. Private Korrespondenz Rosenbaum 1937<br/>20 S.</p> <p>58. Quittungsbuch 1938<br/>30 S.</p> <p>59. Quittungsbuch 1935-1938<br/>200 S.</p> <p>60. Kaufverträge 1937<br/>20 S.</p> <p>61. Haushaltsabrechnungen Lippe 1908-1937<br/>250 S.</p> <p>62. Gesetzessammlungen (Drucke) 1938<br/>170 S.</p> <p>63. Briefwechsel, Keren Hayesod, Reichsbund jüd. Frontsoldaten 1932-1938<br/>100 S.</p> <p>64. Jüd. Wohlfahrtspflege und verschiedene Drucke 1938<br/>150 S.</p> <p>65. Hilfsverein der Juden in Deutschland 1938<br/>40 S.</p> <p>66. Israelitische Wohltätigkeitsvereine 1937-1937<br/>90 S.</p> <p>67. Bürounterlagen 1937<br/>10 S.</p> <p>68. Versicherungen 1917-1937<br/>150 S.</p> <p>69. Private Korrespondenz 1937<br/>10 S.</p> <p>70. Bankauszüge 1936<br/>200 S.</p> |
|---|--|

## Rezensionen

*Uta Halle: Das Judenwerk. Zur Geschichte der Lippischen Thonwarenfabrik in Dörentrup. Detmold 2005 (Panu Derech, Bd. 23), 134 S., zahlr. Abb., 10 Euro.*

Unter dem Titel „Das Judenwerk“ hat Uta Halle in der von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Lippe herausgegebenen Schriftenreihe Panu Derech eine Untersuchung über die Lippische Thonwarenfabrik von Reden Cie. (Litho) in Dörentrup veröffentlicht. Das Werk, in der unmittelbaren Nachbarschaft zu den Dörentruper Sand- und Thonwerken gelegen, war 1897 von Isaak Hochfeld, Getreidehändler aus Lemgo, Max Lenzberg, Bankier daselbst, dem Gutsbesitzer Heinrich Frevert, dem Rittergutsbesitzer Ernst von Reden und dem Amtsrichter Gustav Huxoll aus Lemgo gegründet worden. Im gleichen Jahr begann die Produktion von Ziegeln für den eigenen Bedarf. Mit einem modernen Ringofen und mit eigenem Bahnanschluss lief drei Jahre später die Produktion für den Markt an. Die Industrialisierung hatte im Begatal Einzug gehalten und der Schornstein der Litho galt als „Sinnbild des 19. Jahrhunderts“.

Allerdings dauerte es noch weitere fünf Jahre, bis die Anfangsschwierigkeiten überwunden waren. Die nichtjüdischen Besitzer waren schon wieder ausgestiegen und der inzwischen zehnte (!) technische Leiter brachte endlich die Firma auf Gewinnkurs. 1908 wurde ein weiterer Ofen angelegt, dazu ergänzte eine repräsentative Direktorenvilla das Ensemble der Fabrikgebäude, eine nahezu „klassische“ Anlage früher privatkapitalistischer Industrialisierung. Dass man schon in dieser Zeit vom „Judenwerk“ gesprochen hat, ist indes zu bezweifeln. Ein christlich-jüdisches „Joint venture“ gibt es weder im BGB noch im HGB und vermutlich hat diese Frage damals auch niemanden interessiert. Wegweisend waren der Wagemut der Unternehmer einerseits, die Bedingungen einer gnadenlosen Ausbeutung mit langen Arbeitszeiten und so geringen Löhnen, dass selbst lippische Ziegler lieber ins Ausland gingen und die Belegschaft der Litho durch böhmische „Gast-

arbeiter“ ergänzt werden musste, andererseits. Frühkapitalismus eben, der nur auf den Postkarten etwas Romantisches an sich hatte.

Die Litho erlebte vier große Konjunkturphasen, in denen sie mit der Produktion von Gebrauchsziegeln – vor allem Dachpfannen und Drainagerohre – überregionale Bedeutung erlangte: Vor dem ersten Weltkrieg in der Zeit blühenden Aufschwungs im Deutschen Reich, nach dem Ersten Weltkrieg und nach dem Zweiten Weltkrieg in den Rekonstruktionsphasen des durch Kriegswirkungen belasteten Landes und kurzfristig noch einmal in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts. Übertrieben ist allerdings die Wertung der Verfasserin, dass die Litho in der Weimarer Zeit wesentlich an der Lösung des Problems der Wanderarbeiter in Lippe beteiligt gewesen sei. Tatsächlich ist dieses Problem damals nicht gelöst worden und die ca. 100 Mitarbeiter der Litho hätten daran auch keinen großen Anteil gehabt.

Nach einem Einbruch des Absatzmarktes in den Krisen Jahren der Republik erholte sich die Litho nach 1933 wieder. Hier kam allerdings ein neues Problem auf sie zu, als die jüdische Identität der Familien Hochfeld und Lenzberg zum Angriffsziel wurde. Max Lenzberg, der noch vor Ort war – Isaak Hochfeld war schon 1903 gestorben –, wurde systematisch aus dem Wirtschaftsleben verdrängt. In den Jahren 1936/37 erfolgte dann die „Arisierung“ benannte Umeignung des Besitzes, wobei die beiden Geschäftsführer Otto Depping und Friedrich Kölling die Verhandlungen mit den Besitzerfamilien führten. Nach dem Tode von Lenzberg im Herbst 1936 waren die Weichen für einen Verkauf endgültig gestellt, da die Erben der Familien zum Verkauf bereit waren. Die genannten Geschäftsführer gewannen nun mit Gustav Hardorp einen Mann für ihr Vorhaben, der schon „erfolgreich“ die Detmolder Firma Sinalco arisiert hatte und über seine Kontakte die nötigen Geldmittel für den Erwerb der Litho aufbringen konnte.

Bemerkenswert ist die von der Verfasserin in ihren Details geschilderte Auseinandersetzung

zweier an der Arisierung interessierter Fraktionen. Auf der einen Seite stand die Lippische Regierung, vertreten durch den NS-Kreisleiter Wedderwille, die durch den Ankauf der Litho den Wert ihres eigenen Anteils an den benachbarten Dörentruper Sand- und Thonwerken steigern wollte. Die Landesregierung hatte darin ein Druckmittel, dass sie der Litho ein großes Geländestück zur Tonausbeutung verpachtet hatte und nun die Bedingungen der Verpachtung zu ihren eigenen Gunsten auszulegen versuchte. Auf der anderen Seite stand die privatkapitalistische Fraktion um Gustav Hardorp, die sich zuletzt auch vor Gericht durchsetzte. Bemerkenswert ist dabei, dass Hardorp selbst seit 1931 der NSDAP angehörte – die beiden genannten Geschäftsführer traten der Partei erst 1937 bei – und als Gauredner für die NSDAP durch das Land reiste. Zu den „Resistenten“ kann man ihn also nicht zählen, und das Erstaunen der Verfasserin darüber kann bis heute geteilt werden, dass dieser Mann nach 1945 ausgerechnet von Heinrich Drake mit einem „Persilschein“ ausgestattet wurde.

In den Kriegsjahren arbeiteten bei der Litho auch 34 ukrainische Zwangsarbeiterinnen, die im Buch namentlich aufgelistet werden. Dies ist auch als Wink der Verfasserin zu verstehen, vielleicht doch einmal den Kontakt mit diesen Frauen zu suchen. Aber wer soll es machen? 1990 wurde in Neheim von Dachdeckern eine Dachpfanne geborgen, in der eine der Ukrainerinnen ihren Namen und einen Hinweis auf ihre Arbeit eingeritzt hatte. Sie liegt heute im Ziegeleimuseum in Sylbach.

In einem Exkurs erinnert die Verfasserin an das Schicksal von Mathilde Lenzberg, der Ehefrau des Firmengründers, die in Lemgo geblieben war und 1942 nach Theresienstadt deportiert wurde. Dort starb sie im April 1943. Diese still und friedlich in ihrem eigenen Haus lebende Frau wurde massiv bedrängt, weil erst ein Zahnarzt und dann der leitende Arzt des Lemgoer Krankenhauses der Meinung waren, dass ihnen ein solches Haus viel eher zustünde. Es waren also Vertreter der gesellschaftlichen Elite, denen plötzlich Moral, Anstand, Recht, Gesetz und zuletzt sogar der hippo-

kratische Eid zu Fremdworten geworden waren. Der leitende Arzt konnte sich zuletzt durchsetzen und die siebzigjährige herzkrankte Frau schon einige Wochen vor ihrer Deportation rauswerfen. Auch das gehört zur Geschichte des „Judenwerks“.

Nach 1945 profitierte das Unternehmen vom Boom der Bauindustrie und erlebte eine neue Blütezeit. Ein 1949 von der britischen Militärregierung erlassenes Rückerstattungsgesetz sah zwar vor, dass die Litho an die Erben der früheren Besitzer zurückgegeben werden müsse, doch die Hardorp & Co. verspürten dazu wenig Lust, nachdem sie in der NS-Zeit die Konkurrenz so mühsam weggebissen hatten. Tatsächlich gelang es ihnen, die Rückgabe der Firma bis zum Sommer 1952 hinauszuschieben. Ab 1956 erlebte die Litho eine neue, letzte Hochphase mit der massenhaften Produktion von Drainageröhren, die im Rahmen des „Grünen Plans“ der Bundesregierung benötigt wurden. In dieser Hochphase kamen auch italienische „Gastarbeiter“, wie sie damals hießen. Zum dritten Male beschäftigte die Litho damit ausländische Arbeitskräfte, in allen Fällen unter unterschiedlichen Bedingungen.

In den 60er Jahren begann dann der schnelle Abstieg, als die Erschöpfung der Tonvorkommen mit dem zunehmenden Einsatz neuer Baumaterialien zusammenfiel. 1973 besiegelte der Konkurs das Ende. Mit der Sprengung des Schornsteins im gleichen Jahr wurde auch symbolisch eine Phase der Geschichte des Begatals beendet, an die heute nur noch wenige Spuren erinnern. Es ist der Verfasserin zu danken, dass sie diese Spuren gelesen und aus ihnen ein Bild entworfen hat, in dem sich verschiedene Etappen der Geschichte nicht nur der Region, sondern des lippischen Landes spiegeln.

Leider lassen sich in ihrer Darstellung einige Mängel nicht übersehen, die wohl dem Wunsch nach einem schnellen Abschluss des Manuskripts geschuldet sind. Sie reichen von ungenauer Verwendung der NS-Terminologie über einige Ungeheimheiten bis hin zu einigen Wertungen, die

nicht überzeugen. Aufgegriffen werden soll dabei allerdings nur ein unscheinbares, aber ärgerliches Detail: Der Hinweis, dass Max Lenzberg 1933 „auf Grund seiner Glaubenszugehörigkeit“ nicht mehr zur Lippischen Industrie- und Handelskammer zugelassen worden war. Natürlich weiß die Verfasserin, dass es beim Antisemitismus jener Zeit nicht um religiöse Unterschiede ging, aber solche Äußerungen verfestigen ein nach wie vor weit verbreitetes falsches Gedankengut, gegen das man selbst so oft wie gegen Windmühlenflügel anrennen muss.

Das sind Details, die aber letzten Endes am Wert dieses schönen und reich bebilderten Bandes nichts ändern. Bemerkenswert ist es, wie hier die Neugier der Verfasserin, die ohne Wissen um diese Vorgeschichte mit ihrer Familie einst in die Direktorenvilla der Litho eingezogen ist, den Impuls für Forschung und Darstellung gegeben hat. Dass in dieser Erinnerung auch die Untaten des Jahrhunderts zur Sprache kommen, zeigt, dass es nirgends eine Insel der Seligen gab, die von der antisemitischen Politik der NSDAP verschont geblieben wäre.

Andreas Ruppert

*Herbst, Andreas und Weber, Hermann, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Berlin: Karl Dietz Verlag 2004, 992 S., 49,90 Euro.*

Die Geschichte der KPD der Jahre 1918 bis 1945 ließe sich – so der Eindruck nach dem Lesen des umfangreichen Werkes von Herbst/Weber – kaum anders plastischer vor Augen führen als anhand der enthaltenen 1400 biographischen Skizzen. Wer sich mit diesen Biographien aus dem Führerkorps der KPD befasst, dem erschließt sich die Tragik der Entwicklung dieser Partei in allen Facetten. Hilfreich ist dabei auch der kurze Überblick, den die Verfasser voran stellen. In Wiedergabe des aktuellen Forschungsstandes werden sowohl die Gründung, die revolutionäre Phase von 1919 bis 1923, die Flügelkämpfe zwischen Rechten, Versöhnlern, Linken und Ultralinken, die zunehmende Entdemokratisierung der KPD

und ihre wachsende Abhängigkeit von der Kommunistischen Internationale („Stalinisierung“) bis hin zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus und zur Zeit der „Säuberungen“ in der Sowjetunion kompetent und bündig dargelegt. Umrissen wird ferner der Typus des Parteiführers, womit zugleich die Kriterien der Auswahl der in das Handbuch aufgenommenen Personen deutlich werden. Ebenfalls wertvoll ist der Anhang mit einer Übersicht der Parteitage und –konferenzen, Listen über die Zusammensetzung der Zentrale und des Zentralkomitees, über die Abgeordneten von Reichstag und Landtagen und auch einer Übersicht über die Bezirke der KPD samt verantwortlichen Leitern. Abgerundet wird das Werk durch ein aktuelles Quellen- und Literaturverzeichnis.

Basis und Ausgangspunkt des Werkes sind vor allem die Untersuchungen Hermann Webers von 1969 („Die Wandlung des deutschen Kommunismus“) und 1989 („Weiße Flecken in der Geschichte“). Die hier bereits vorgestellten biographischen Skizzen wurden nun ergänzt um die Auswertung der seit 1990 zugänglichen Archivbestände der SED bzw. DDR sowie des Moskauer Komintern-Archivs; ausgewertet wurden aber ebenso zahlreiche Regionalstudien oder Biographien, die in den vergangenen 25 Jahren erschienen sind.

Anhand der Kurzbiographien, die je nach Bedeutung der Person und Quellenlage mal länger, mal kürzer ausfallen, lassen sich neben Geburts- und Sterbedaten Angaben zur sozialen Herkunft, zu Bildung und Beruf, zur politischen Sozialisation, zum Schicksal während des Nationalsozialismus und zur Zeit nach 1945 finden. Deutlich wird, dass der „klassische“ Weg in die KPD über die Sozialisation in einer Arbeiterfamilie lief. Viele der aufgeführten Männer und Frauen waren kurz vor oder kurz nach dem Ersten Weltkrieg bereits Mitglied der SPD oder einer freien Gewerkschaft. Sie fanden über die USPD in die KPD. Andere, vor allem diejenigen mit sog. bürgerlichem Hintergrund, wurden durch das Erlebnis des Ersten Weltkrieges radikalisiert, fanden aber ebenfalls in

der Regel über die USPD in die KPD. 400 der 1400 aufgeführten Personen wurden Opfer politischer Verfolgung: 222 fielen dem Terror Hitlers, 178 als „Abtrünnige“ oder „faschistische und trotzkistische Agenten“ dem Terror Stalins zum Opfer.

Das hervorragende Handbuch bietet alles, was von einem solchen erwartet wird. Es spiegelt den aktuellen Forschungsstand, es bietet eine Fülle an Informationen, es beinhaltet einen wichtigen Überblick und zusätzliches Material und – es ist zudem noch außerordentlich lesbar und verständlich geschrieben. Für die historische Kommunismusforschung bedeutet das Werk von Herbst/Weber ohne Zweifel einen Meilenstein. Für an der lippischen Zeitgeschichte Interessierte finden sich acht Biographien, die im Zusammenhang mit der Region stehen: der in Detmold geborene und vermutlich 1934 in der Sowjetunion erschossene bayerische Landtagsabgeordnete August Hagemeyer (S. 281), der in Lage geborene Stettiner Reichstagsabgeordnete Wilhelm Obendiek (S. 543), der im März 1933 in Lage festgenommene preußische Landtagsabgeordnete Heinrich Schmidt (S. 675), der lippische Landtagsabgeordnete Adolf Scholz aus Lemgo (S. 694), der die KZ-Haft überlebte und nach 1945 Vorsitzender des SED-Kreisverbandes Löbau war, die in Horn geborene Hanna Weber, verheiratete Staubes (S. 757), die als Solinger Stadtverordnete und preußische Landtagsabgeordnete 1933 ins KZ kam und 1947 Abgeordnete des Landtages NRW war, der lippische Landtagsabgeordnete Wilhelm Vehmeier aus Pivitsheide (S. 814), der während der NS-Zeit in Zuchthaus und „Schutzhaft“ saß und von 1945-47 wiederum Mitglied des lippischen Landtages war, der in Horn geborene Hermann Weber (S. 843), der 1930 Oberbürgermeister von Solingen war, im August 1932 nach Odessa in die Sowjetunion emigrierte und dort 1937 erschossen wurde, sowie der Oerlinghauser Stadtverordnete und Bielefelder Parteifunktionär August Weisheit (S. 854), der nach Zuchthaus 1935 nach Frankreich emigrierte.

Jürgen Hartmann

## Impressum

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.  
Herausgeber und Redaktion:  
Jürgen Hartmann (Rheine) und Andreas Ruppert (Paderborn).  
V.i.S.d.P.: Jürgen Hartmann, Barbarastraße 36 c, 48429 Rheine.  
URL: [www.rosenland-lippe.de](http://www.rosenland-lippe.de)  
Anfragen, Beiträge etc. an: [redaktion@rosenland-lippe.de](mailto:redaktion@rosenland-lippe.de)  
Erscheinungsweise: 3 bis 4 Ausgaben / Jahr.  
Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2005.  
Redaktionsschluss: 15. September 2005.